

DIE VÖLKERRECHTLICHEN VERTRÄGE DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA ÜBER FRAGEN DER STAATSANGEHÖRIGKEIT EINSCHLIESSLICH EINBÜRGERUNG UND WEHRPFLICHT¹

Von HELLMUTH HECKER und KNUD KRAKAU

I.

Die Vereinigten Staaten verdanken buchstäblich ihre Entstehung und einen guten Teil ihrer raschen Entwicklung zur ersten Industrie- und Militärmacht der Erde einem stetigen Strom von Einwanderern. Das hieraus zunächst erwachsende praktische und vitale Interesse an einer gut hundert Jahre geübten liberalen Einwanderungspolitik fand alsbald auch seine ideologische Überhöhung: die Öffnung des Landes trug nach amerikanischem Selbstverständnis nicht nur den Bedürfnissen der eigenen Entwicklung Rechnung, sondern hatte darüber hinaus eine ganz unbedingte politisch-moralische Qualität. Die Entstehung und das erstaunliche Wachstum der Vereinigten Staaten erschienen dieser Interpretation nicht als beliebige Ereignisse, sondern anfänglich als Vollendung eines göttlichen Heilsplanes, sodann in einem säkularisierten (quasi-Hegelianischen) Sinne als gesteigerte Verwirklichung überhaupt möglicher politisch-moralischer Entwicklung, ja als Vollendung von Geschichtlichkeit schlechthin. In diesem Sinne sind etwa folgende Formulierungen Alexander Hamiltons in der ersten Nummer des *Federalist* zu verstehen: „ . . . it seems to have been reserved to the people of this country . . . to decide the important question whether societies of men are really capable or not of establishing good government from reflection and choice, or whether they are forever destined to depend for their political constitutions on accident and force“. Die gegenwärtige — d. h. damalige, immer nach Hamilton — Krise verlange eine Entscheidung, „and a wrong election of the part we shall act may . . . deserve to be considered as the general misfortune of mankind“. Was für Hamilton noch (rhetorische?) Frage schien, war für Zeitgenossen und vor allem Nachfolger Gewißheit: Amerika hat t e richtig entschieden. Daraus folgte: Amerika mußte nicht nur den Prototyp politischer Organisation selbst verwirklichen, und zwar u. a. mit Hilfe der Einwanderer; daraus resultiert das praktische eigene Bedürfnis für sie. Die historisch hervorgehobene Rolle beinhaltete aber zugleich auch Verpflichtung und Verantwortung: für die weniger Begünstigten, noch vom Dunkel der alten (feudalen) unfreien Verhältnisse umfängenen Menschen der (damaligen) Alten Welt das Licht der Freiheit sichtbar zu machen und den Mühseligen, Beladenen und Unterdrückten in aller Welt Hafen und Heimat zu bieten². Die bloße Ankunft hier verhieß Befreiung aus den Banden Status-bedingter Unfreiheiten. Diese und

1 Siehe dazu im Dokumententeil am Schluß die inhaltlichen, alphabetischen und chronologischen Übersichten.
2 Vgl. mit Nachweisen K. Krakau, *Missionsbewußtsein und Völkerrechtsdoktrin in den Vereinigten Staaten* (Frankfurt/M. und Berlin 1967), S. 73, 116; oder etwa R. B. Nye, *This almost chosen people* (Michigan State Univ. Press 1966); G. M. Lyons ed., *America. Purpose and power* (Chicago 1965).

ähnliche ideologische Symbole begleiten bis heute die Diskussion um die Einwanderungspolitik³ und die damit zusammenhängenden Staatsangehörigkeits-Fragen. Das praktische eigene Bedürfnis nach Einwanderern ist dagegen schon seit längerem in den Hintergrund getreten. Nach den großen Einwanderungswellen in der Mitte und zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rückten die Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Rezession der 1880er und 1890er Jahre deutlich von ihrer früheren liberalen Einwanderungspolitik ab. Diese Wendung richtete sich zuerst gegen die Chinesen⁴, später gegen die Japaner, führte 1917 zur „asiatischen Sperrzone“ und kulminierte 1921 schließlich in dem nationalen Quotensystem. Dieses Einwanderungsgesetz bevorzugte die klassischen Einwanderungsländer Westeuropas, indem es die damaligen relativen Anteile dieser Herkunftsländer an der Gesamtbevölkerung der USA zum Maßstabe für die Quoten setzte, nach denen künftighin die zulässigen Einwandererzahlen für jedes Land errechnet werden sollten. Man ging stillschweigend davon aus, daß die damalige ethnische Mischung der amerikanischen Bevölkerung gewissermaßen einen Idealzustand erreicht habe, der nur noch fortgeschrieben, d. h. an Gesamtzahl zwar vermehrt, aber nicht mehr im Mischungsverhältnis geändert werden dürfe. Nun handelten die Vereinigten Staaten unter Verdrängung der Einwanderungsideologie so, wie vermutlich jeder Staat in vergleichbarer Lage handeln würde. Sie reduzierten die Einwanderungsmöglichkeiten, weil sie ihre Aufnahmekapazität in dem Sinne für begrenzt erachteten, daß sie in weiterer uneingeschränkter Einwanderung eine Gefährdung des sozialen und ökonomischen Status der eigenen Bevölkerung erblickten. Dabei spielte die rassische Aversion gegen nichtweiße Einwanderer eine besondere Rolle, die wiederum nicht unwesentlich darauf zurückzuführen ist, daß sich in ihr die Status-Angst gegenüber extrem („unfair“) billigen — insbesondere asiatischen — Arbeitskräften artikuliert.

Gewisse Schwierigkeiten bereitete dabei der Widerspruch zur früheren Einwanderungsideologie. Aber er war einmal dialektisch aufzulösen: Der Sache der Freiheit für die Welt wurde am wenigsten dadurch gedient, daß diejenigen, die diese Freiheit schon verwirklicht hatten, deren ökonomische Grundlagen unterminierten. Vielmehr mußten diese Grundlagen im Interesse eben der Wirkungskraft dieser Freiheit für die Welt gesichert werden, und sei es durch die zeitweilige Drosselung der Einwanderung.

Zum anderen aber wurde in einem Lande, das auf Einwanderer nicht mehr wie früher angewiesen ist — immerhin aber macht heute die Einwanderung bei sinkenden Geburtenziffern rund 20 Prozent des gesamten Bevölkerungszuwachses aus —, ein langwährender Kampf um eine erneute Liberalisierung der Einwanderungspolitik in erheblichem Umfange mit eben dem klassischen ideologischen Argument geführt. Im Vergleich dazu wirkt der hierbei ebenfalls häufig verwendete Hinweis auf „needed skills“ eher wie die unumgängliche Vorbeugung vor dem nun einmal zugleich pragmatischen Sinn der Amerikaner. Diese Bemühungen waren besonders nach 1945 — nicht während des Krieges — mit mehreren Sondergesetzen zugun-

³ Vgl. Äußerungen Präs. Johnsons und von A. P. Schwartz vom Department of State: Foreign and domestic implications of U. S. immigration laws, im Zusammenhang mit der Reform des Einwanderungsgesetzes, am 13. 1. bzw. 3. 4. 1964, Dpt. of St. Bull. 50 (1964 I), S. 211 bzw. 675, 676 f.

⁴ Vgl. den Vertrag vom 17. 11. 1880 mit China, in dem China sich mit einer im Interesse der Vereinigten Staaten von diesen etwa vorzunehmenden Beschränkung (nicht dem vollen Verbot) der Einwanderung chinesischer Arbeiter einverstanden erklärte, Malloy, S. 237, und den Vertrag vom 17. 3. 1894, Art. I und IV, Malloy, S. 241, der für die Dauer von 10 Jahren jede Einreise von chinesischen Arbeitern völlig untersagte und den legal sich in den USA aufhaltenden Chinesen hinsichtlich ihrer persönlichen Rechte die Meistbegünstigung einräumte, davon aber die Naturalisierung ausschloß.

sten verschiedener Gruppen von Flüchtlingen, Verfolgten usw. zunächst punktuell erfolgreich und führten schließlich dazu, daß das Einwanderungsgesetz von 1965 das willkürliche nationale Quotensystem bis 1968 stufenweise abbaute und durch eine Reihe sachlicher Auswahlkriterien (Familieneinheit, Flüchtlingsstatus, berufliche Qualifikation) innerhalb bestimmter Höchstgrenzen ersetzte⁵. Diese Limitierung knüpft nicht mehr an einzelne Nationen, sondern an Hemisphären an: jährlich 170 000 Einwanderer für die östliche (Europa, Afrika, Asien; maximal 20 000 für jedes einzelne Land) und 120 000 für die westliche Hemisphäre (ohne die 20 000-Grenze). Das neue System bewirkte sofort eine erhebliche Umleitung der Einwandererströme: Das Schwergewicht verlagerte sich von den „klassischen“ Herkunftsländern (Nord- und Westeuropa) mit früher hohen Quoten auf Staaten — einschließlich solcher mit nicht weißer Bevölkerung —, die nach dem alten System mit niedrigen Quoten benachteiligt gewesen waren (Philippinen, Japan, Süd- und Südosteuropa, auch Afrika, Westindien)⁶.

Die Praxis der besonders vor Ende des 19. Jahrhunderts kaum gehinderten Einwanderung warf, unabhängig vom Motiv für diese Haltung, konkrete Probleme hinsichtlich ihrer staatsangehörigkeitsrechtlichen Folgen auf, die eine Regelung verlangten, wenn die zugrundeliegende Politik und das Verhältnis zu den Heimatländern der amerikanischen Neu-Bürger nicht gestört werden sollten. Dieser Umstand erklärt, daß die Vereinigten Staaten im Laufe der Zeit zahlreiche staatsangehörigkeitsregelnde bilaterale Verträge⁷ abgeschlossen haben, andererseits an nur vier multilateralen Vertragswerken⁸ beteiligt sind, letzteres eben deshalb, weil diese zur Bewältigung der spezifischen amerikanischen Interessenlagen wenig beitragen.

II.

Unter den bilateralen Verträgen sei vorweg kurz die verwandte, aber ganz unspezifische Gruppe von vertraglichen Staatsangehörigkeits-Regelungen erwähnt, die mit der materiellen Friedensregelung nach dem Revolutions- oder Unabhängigkeitskrieg (mit Großbritannien, formell schon Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag genannt, dem sogenannten Jay-Vertrag von 1794) sowie mit späteren Gebietserwerbungen (Frankreich, Spanien, Mexiko, Rußland, Dänemark)⁹ zusammenhängen. Es handelt sich um Verfügungen über die Staatsangehörigkeit und

5 Einwanderungsgesetz vom 3. 10. 1965, Public Law 89—236, Stat. Bd. 79, S. 916 ff., U. S. C. Title 8, Ch. 12, §§ 1101 ff. Für die nachfolgend erw. Limitierungen s. bes. §§ 1101 (a) (27) (A), 1151 (a), 1152 (a), und sec. 21 (c) in der Formulierung des Pub. L. 89—236. Vgl. im übrigen die Übersicht zur Geschichte der amerikanischen Einwanderungspolitik bei A. P. Schwartz, a. a. O., S. 677 ff.; für die ältere Zeit ferner L. Stoddard, *Re-forging America. The story of our nationhood* (London 1927); A. Spitzl, *Die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika (sic), eine staats- und völkerrechtliche Untersuchung* (Diss. Frankfurt 1931).

6 Die alte Quote der Philippinen betrug z. B. bis 1965 nur 100; das Haushaltsjahr (bis 30. 6.) 1969 sah 25 425 philipp. Einwanderer; Italien stieg von 10 344 (1965) auf 24 465 (1969, über die generelle Höchstgrenze hinaus). Umgekehrt sanken die entsprechenden Zahlen z. B. für Canada von 40 013 auf 12 263 (1970) oder für Irland von 5563 auf etwas über 1000. Vgl. den auf soeben veröffentlichten Statistiken beruhenden Bericht von F. Belair: „1965 immigration law molds different U. S. „melting pot“, in: *Internat. Herald Tribune* vom 1. 9. 1970. Dennoch gibt es auch jetzt wieder für manche Länder — z. B. Mexiko — lange Wartelisten; neue Reformen werden erwogen. Vgl. auch neue Daten des Amtes für Bevölkerungsstatistik über die im wesentlichen durch das Ges. von 1965 ermöglichte etwa vervierfachte (rund 1/2 Mill.) Einwanderung von Farbigen aus Afrika, Mittel- und Südamerika, China, Japan und Asien allgemein, nach *Internat. Herald Tribune* vom 31. 12. 1970.

7 Ausführlich dazu Hackworth, S. 1—434; Whiteman, S. 79 ff., 560 ff. (vgl. Abkürzungen a. E.).

8 Interamerik. Abkommen über den Status Eingebürgerter v. 13. 8. 1906 und über die Staatsangehörigkeit der Ehefrau v. 26. 12. 1933 sowie das Haager Protokoll über Staatsangehörigkeit und Wehrdienst v. 12. 4. 1930. Näheres über Quellen usw. hierzu: H. Hecker, *Mehrseitige völkerrechtliche Verträge zum Staatsangehörigkeits-Recht* (Frankfurt/M. und Berlin 1970, SGS Bd. 30).

9 Die nachfolgende Erwähnung einzelner Staaten mit Jahreszahl bedeutet Vertrag der USA mit . . . und Jahr des Abschlusses. Nähere Daten und Fundorte für sämtliche hier behandelten Verträge finden sich in dem dokumentarischen Teil unten S. 82 ff.

über Staatsangehörige, wie sie typischerweise bei derartigen Anlässen getroffen werden. Erwähnt seien nur die außer bei den Louisiana- und Florida-Transaktionen stets (auch schon im Jay-Vertrag) vorgesehenen Optionsmöglichkeiten für die betroffenen Bevölkerungen. Im übrigen bieten diese Verträge keine Besonderheiten.

III.

Hiervon abgesehen gibt es zwei Typen von vertraglichen Staatsangehörigkeits-Regelungen. Der erste hat unmittelbar und ausschließlich die Regelung der Staatsangehörigkeits-Konflikte zum Gegenstand, die sich aus der Konkurrenz der Staatsangehörigkeit des Heimat- und des Einwanderungslandes ergeben. Der zweite Typ regelt andere Materien, insbesondere den Wehrdienst, und zeitigt dadurch mittelbare Wirkungen für die Staatsangehörigkeit.

Hier sei zunächst der Einwanderungs- und Staatsangehörigkeits-Vertrag im engeren Sinne analysiert. Konflikte ergaben sich, als sich im Laufe des 19. Jahrhunderts die wirtschaftlichen und politischen Kontakte mit den Heimatländern der Einwanderer mehrten. Die Frage stellt sich: Wer erkennt wessen Staatsangehörigkeit an, wenn die Vereinigten Staaten den Einwanderer naturalisieren? Der heute selbstverständliche Grundsatz, daß jeder Staat nur seine eigene Staatsangehörigkeit regeln kann, diese Regelung aber, von wenigen Grenzfällen abgesehen, von dritten Staaten auch anerkannt werden muß, war noch keineswegs fest verankert. Hinzu kam das Problem der Rückwanderung. Viele Neuankömmlinge kamen von vornherein nur für vorübergehende Zwecke nach Amerika: als Abenteurer, um schnell reich zu werden, um dem Wehrdienst oder einer Strafe in ihrem Heimatland zu entgehen. Viele kehrten nach Verwirklichung ihres Zweckes oder wegen der Unmöglichkeit, ihn zu realisieren, oder aus sonstigen Gründen in ihre alte Heimat zurück. Welche Staatsangehörigkeit oder Staatsangehörigkeiten besaßen sie, wenn sie in Amerika naturalisiert worden waren? Konnten vor der Auswanderung begangene Taten oder die Auswanderung als solche strafrechtlich verfolgt, der Wehrdienst nachgefordert oder sein Versäumnis bestraft werden? Ist der alte (z. B. europäische) Heimatstaat — von seinem inneren Recht abgesehen — dem neuen Heimatstaat USA gegenüber völkerrechtlich gehindert, in der angedeuteten Weise gegen den Rückkehrer vorzugehen? Kann, muß er ihn wieder aufnehmen?

Dieser Problembereich wurde nach der Einwanderungswelle in der Mitte des vorigen Jahrhunderts für regelungsbedürftig erachtet. Der Historiker und Diplomat George Bancroft handelte im Jahre 1868 mit dem Norddeutschen Bund sowie vier süddeutschen Staaten (Baden, Bayern, Hessen, Württemberg) eine Reihe von Verträgen aus, die — inhaltlich fast identisch, mit gewissen Abweichungen im Falle Badens — diese Fragen erstmalig vertraglich zu regeln suchten (sog. Bancroft-Verträge im engeren Sinne). Die Tatsache, daß diese Verträge dem Wortlaut nach vollkommen wechselseitige Wirkungen entfalten sollten, darf dabei nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich tatsächlich um die Regelung überwiegend einseitiger Verhältnisse — nämlich die Migration von Europa nach Amerika nebst einem gewissen Rückstrom — handelte. Die Auswanderung von Amerika nach Hessen-Darmstadt etwa und Rückkehr nach Amerika war gewiß nicht sehr bedeutend. — Nach diesem Vorbild wurden später noch ähnliche Verträge mit zahlreichen anderen Staaten geschlossen. Man kann sie als Bancroft-Verträge im weiteren Sinne bezeichnen. Sie werden auch Einbürgerungs- und Naturalisationsverträge genannt.

Die ursprünglichen Bancroft-Verträge regeln — wobei das Verhältnis Bayern—USA als Beispiel diene und ferner die vollkommene Wechselseitigkeit zu berücksichtigen ist — übereinstimmend folgende Punkte:

1. Bayern erkennt bei fünfjährigem Aufenthalt eines Bayern in den Vereinigten Staaten dessen dort durch Naturalisation erworbene Staatsangehörigkeit an und behandelt ihn entsprechend. 2. Die Rückwanderung des in Amerika naturalisierten Bayern in sein Herkunftsland Bayern ohne die Absicht, nach Amerika zurückzukehren — wobei das Fehlen einer solchen Absicht nach zwei Jahren widerlegbar vermutet wird —, soll als Verzicht auf die durch Naturalisation erworbene amerikanische Staatsangehörigkeit behandelt werden. 3. Strafverfolgung von Taten, die vor der ersten Auswanderung von Bayern nach Amerika begangen worden sind, ist auch nach der Rückkehr nach Bayern zulässig.

Staatsangehörigkeits-Konflikte waren aber damit noch immer nicht aus der Welt geschafft. Gesichert war nur die Anerkennung der durch Naturalisation erworbenen (amerikanischen) Staatsangehörigkeit durch den Heimatstaat des Auswanderers (Bayern) und des stillschweigenden Verzichtes auf diese (amerikanische) Staatsangehörigkeit durch den Naturalisierungsstaat (USA) im Falle der Rückwanderung. Unklar blieb das Schicksal der ursprünglichen (bayerischen) Staatsangehörigkeit des Auswanderers. Die Verträge selbst ließen offen, ob sie bezweckten: Verlust dieser (bayerischen) Staatsangehörigkeit, bloße Anerkennung der (amerikanischen) Naturalisations-Staatsangehörigkeit mit der Folge der Doppelstaatlichkeit oder schließlich Doppelstaatigkeit mit Vorrang der neuen (amerikanischen) Staatsangehörigkeit. Die durch die Verträge geschaffene Rechtslage war durch die Staatsangehörigkeits-Regelungen der deutschen Vertragsstaaten zu ergänzen. Diese waren uneinheitlich, so daß je nach Rechtslage die eine oder andere der erwähnten Folgen eintrat und die Verträge insoweit ihren Zweck verfehlten. Erst die reichseinheitliche Regelung der Staatsangehörigkeit von 1870/71 enthielt als ausdrücklichen und echten Verlustgrund auch den in den Bancroft-Verträgen ins Auge gefaßten Tatbestand¹⁰.

Das spricht zugleich dafür, daß die Bancroft-Verträge die Doppel-Staatsangehörigkeit vermeiden und nur die jeweils neu erworbene Staatsangehörigkeit gelten lassen wollten, also eine unmittelbare Regelung des Verlustes der alten (Herkunfts-) Staatsangehörigkeit beabsichtigten. Für diese Interpretation streitet auch die inhaltliche Gestaltung des zweiten Problems der Bancroft-Verträge, der Rückwanderung. Einmal ist in diesem letzten Zusammenhange von dem Verzicht auf die durch Naturalisation erworbene Staatsangehörigkeit die Rede. Zum anderen können die Rückwanderer die Staatsangehörigkeit ihres früheren Heimatstaates nach dessen allgemeinen Gesetzen lediglich neu erwerben, mithin müssen sie sie durch die qualifizierte Naturalisation in den Vereinigten Staaten nach der Absicht der Bancroft-Verträge verloren haben. — Von dem gelegentlichen Verzicht auf die Fünf-Jahres-Frist oder der Verweisung auf andere innergesetzliche Fristen (Ecuador) abgesehen, veranlaßte dieser Punkt auch die einzige bedeutsame Veränderung in der Formulierung der späteren Bancroft-Verträge: die nach dem 1. Weltkrieg noch abgeschlos-

¹⁰ Vgl. dazu A. N. Makarov, in: Strupp-Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, 2. Aufl. (Berlin 1960), Bd. 1, S. 151—3; W. Bazille, Das Recht der Staatsangehörigkeit (Stuttgart 1902), S. 90—107; L. Bendix, Fahnenflucht und Verletzung der Wehrpflicht durch Auswanderung (Leipzig 1906); S. Dzialoszynski, Die Bancroft-Verträge (Breslau 1913); Ch. Munde, The Bancroft Naturalization Treaties with the German States (Würzburg 1868); Italien — U. S. Conciliation Commission, U.S.A. ex rel. Flegenheimer v. Italy, in: AJIL 53 (1959), S. 944—958, bes. 950 ff.; F. Kapp, der deutsch-amerikanische Vertrag vom 22. Febr. 1868, Preuß. Jahrbücher (1875) Bd. 35, S. 509—534, Bd. 36, S. 189—228.

senen Verträge dieses Typs sprechen ausdrücklich von der Anerkennung der durch Naturalisation erworbenen neuen Staatsangehörigkeit bei gleichzeitigem Verlust der früheren Staatsangehörigkeit des Auswanderers, lassen also insofern keinen Zweifel mehr bestehen (Bulgarien 1923, Tschechoslowakei 1928, Albanien 1932).

Die Tendenz in der Regelung der Rückwanderungsfolgen ist, wie erwähnt, schon 1868 eindeutig: möglichst nur eine Staatsangehörigkeit, nämlich die des Rückwanderungs- bzw. ursprünglichen Heimatstaates und Verlust der zwischenzeitlich durch Naturalisation erworbenen Staatsangehörigkeit. Aber auch hier gibt es differenzierende Regelungen, die auf unterschiedliche Auffassungen und nationale Staatsangehörigkeits-Vorschriften Rücksicht nehmen. Die häufigste Regelung ist die des Urtyps der Bancroft-Verträge: stillschweigender Verzicht auf die Naturalisations-Staatsangehörigkeit wird bei mindestens zweijährigem Aufenthalt in der ursprünglichen Heimat angenommen (außer den Verträgen von 1868 mit den süddeutschen Staaten z. B. Albanien 1932, Salvador 1908, Brasilien 1908, Dänemark 1872 usw.). Dabei ist offenbar gemeint, daß die individuelle Verzichtserklärung den Verlust der Staatsangehörigkeit automatisch bewirken soll. Das kann sie an sich nur, wenn die (inner-)staatliche Gesetzgebung ihr diese Rechtsmacht verleiht. Diese Wirkung kann mithin nur eintreten, wenn die jeweilige Staatsangehörigkeits-Gesetzgebung einen Verlustgrund „Verzicht“ ohnehin enthält oder wenn der Bancroft-Vertrag selbst kraft Transformation innerstaatliche Geltung erlangt. — Gelegentlich (Baden 1868, Österreich-Ungarn 1870) wird gesagt, der Rückwanderer sei keineswegs gehalten, seine ursprüngliche Staatsangehörigkeit wieder zu erwerben; tue er es dennoch willentlich, so sei der Verzicht auf die durch Naturalisation erworbene Staatsangehörigkeit (ausdrücklich? Oder soll der Verzicht in dem Wiedererwerb gesehen werden?) möglich.

In anderen Fällen wird aber auch, ähnlich unklar wie in der früher erörterten Frage, lediglich gesagt, der Rückwanderer werde als Staatsangehöriger seines ursprünglichen Heimatstaates betrachtet werden, wenn er dessen Staatsangehörigkeit nach dessen Gesetzen (wieder) erwerbe (Belgien 1868), was zumindest nach heutigen Begriffen nicht mehr als selbstverständlich ist. Die Hauptfrage — nämlich nach dem Schicksal der zwischenzeitlich durch Naturalisation erworbenen Staatsangehörigkeit, nach der etwaigen Doppelstaatsangehörigkeit usw. — bleibt auch hier offen, ähnlich wie in der weiteren Regelung (Schweden — Norwegen 1869, Großbritannien 1870, Dänemark 1872), nach welcher der ursprüngliche Heimatstaat den Rückwanderer auf Antrag nach seinem Recht wieder als Staatsangehörigen aufnehmen darf. Auch das ist an sich selbstverständlich. Die Regelung verdeutlicht die Konflikte, die es um diese Frage gegeben hat. Und zwar liegt der Ton einmal auf dem Dürfen im Verhältnis zu einem anderen, nämlich zum Naturalisierungsstaat, aber zugleich auch auf dem Dürfen selbst. Hier geht es darum, daß der ursprüngliche Heimatstaat den Rückwanderer nicht wieder in seinen eigenen Staatsverband aufnehmen muß, was er keineswegs immer freudig zu tun bereit ist.

Die häufig offen bleibende Frage, was mit der durch Naturalisation erworbenen Staatsangehörigkeit bei der Rückwanderung geschieht, wird eindeutig und dem Charakter eines völkerrechtlichen Vertrages am ehesten gemäß dort beantwortet, wo es heißt, der Einwanderungsstaat könne den Rückwanderer, der auf seinen Antrag hin die Staatsangehörigkeit seines ursprünglichen Heimatstaates nach dessen Recht (ohne Aufnahmepflicht) wieder erworben habe, nicht im Hinblick auf die zwischenzeitliche Naturalisation als Staatsangehörigen reklamieren (Großbritan-

nien 1870, Dänemark 1872, das daneben den stillschweigenden Verzicht kennt). Hier sind Staatsangehörigkeit und Verpflichtungen zwischen den Vertragsparteien am deutlichsten voneinander geschieden. Aber selbst hier kann man nur per argumentum schließen, daß die Naturalisations-Staatsangehörigkeit objektiv, d. h. auch vom Standpunkt des wiederaufnehmenden ursprünglichen Heimatstaates und nicht zuletzt des Betroffenen selbst aus, untergegangen sein soll.

Der dritte in den Bancroft-Verträgen geregelte Gegenstand, der nur aus **Anlaß** der Staatsangehörigkeits-Bereinigung wegen seiner Wichtigkeit mit behandelt wird, aber nicht selbst die Staatsangehörigkeit berührt, ist die strafrechtliche Verfolgung von Rückkehrern in ihrem ursprünglichen Heimatstaat. Die Mehrzahl der Verträge läßt sie wegen vor der Auswanderung begangener Taten zu. Einige nehmen die Auswanderung selbst als Straftat ausdrücklich aus — ein Hinweis auf den geschlossenen Charakter dieser Gesellschaften (Schweden — Norwegen 1869, Brasilien und Uruguay 1908, mit Einschränkungen Portugal 1908, Costa Rica 1911) — oder verbieten umgekehrt eine Strafverfolgung nur wegen der Emigration (Bulgarien 1923, Albanien 1932).

Eine besondere Rolle als möglicher Strafgrund spielte die Umgehung der Wehrpflicht, die ja oft Anlaß für die Auswanderung überhaupt bildete. Insofern wurde eine Strafmöglichkeit gelegentlich, wenn auch mit Einschränkungen, ausdrücklich vorgesehen (Baden 1868, Österreich-Ungarn 1870) oder umgekehrt für grundsätzlich unzulässig und nur in Ausnahmefällen für möglich erklärt (Bulgarien 1923, Tschechoslowakei 1928, Albanien 1932). Nur mit denselben oder ähnlichen Einschränkungen wurde ein Nachdienen gestattet (Baden und Belgien 1868, Österreich-Ungarn 1870).

IV.

Nach der Staatsangehörigkeit als solcher und unmittelbar ist die Wehrpflicht häufig Gegenstand bilateraler Verträge geworden. Sie gab häufig Anlaß zu Kontroversen zwischen konkurrierenden Heimatstaaten. Das deutet sich schon in den erwähnten Bestimmungen der Bancroft-Verträge an, die die strafrechtlichen Folgen der Verletzung von Wehrdienstvorschriften regeln. Hier geht es indessen darum, daß die Tatsache des Militärdienstes sich fast in allen Ländern indirekt auf Erwerb oder Verlust der Staatsangehörigkeit auswirkt. Die häufigsten Konstellationen sind: Verlust der Staatsangehörigkeit beim Eintritt in fremden Wehrdienst; kein Verlust, solange die eigene Wehrpflicht besteht; erleichterter Erwerb beim Ableisten von Militärdienst im Aufnahmestaat.

Eine erste Gruppe von vertraglichen Vereinbarungen dieser Art ist in Gestalt einfacher Befreiungsklauseln in zahlreichen Handels-, Schiffsfahrts-, Freundschafts- u. ä. Verträgen seit dem früheren 19. Jahrhundert, aber beschränkt ungefähr auf die Zeit bis zum 1. Weltkrieg, enthalten. Nach dem Muster etwa des Vertrages mit der Schweiz von 1850 (Art. II) versprechen sich die Parteien wechselseitig, Aufenthalter mit der Staatsangehörigkeit der anderen Partei vom Wehrdienst frei zu halten.

Ein weiterer Komplex von Verträgen, die im und seit dem 1. Weltkrieg geschlossen worden sind, knüpft an die Doppelstaatigkeit an. Man kann unter ihnen vollkommen zweiseitige und hinkende Regelungen unterscheiden. Erstere setzen einfach Doppelstaatigkeit voraus, gleich auf welchem Rechtsgrund sie beruht. Wird im Staat des gewöhnlichen Aufenthaltsortes und der engeren Lebensbeziehung — gleich

welcher der Vertragsstaaten es ist — Wehrdienst geleistet, entfällt die Wehrpflicht im anderen Staat (Schweden 1933, Finnland 1939), oder die Leistung des Wehrdienstes im einen Heimatstaat (ohne die obigen Qualifikationen) gilt sogar als dessen gleichzeitige Erfüllung im anderen Heimat- und Vertragsstaat nach dessen Gesetzen (Frankreich 1948/52, jedoch nur rückwirkend auf die beiden Weltkriege bezogen).

Die hinkenden Verträge berücksichtigen nur einen bestimmten Typ der Doppelstaatigkeit: die durch das Zusammenwirken von *ius soli* und *ius sanguinis* begründete. Hat dieser Doppelstaater in seinem Geburtsland seinen gewöhnlichen Wohnsitz, so wird er bei nur zeitweiligem Aufenthalt im anderen Staat — gelegentlich auf zwei Jahre begrenzt in dem Sinne, daß längerer Aufenthalt eine widerlegbare Daueraufenthaltsvermutung begründet und damit zur Wehrpflichtigkeit führt — dort nicht wehrpflichtig (Norwegen 1930, Schweiz 1937, Albanien 1932 in einem Vertrag des im übrigen reinen Bancroft-Typs; Litauen 1937 kombiniert diese Vereinbarung mit einer unmittelbaren Regelung der Staatsangehörigkeit — stillschweigender Verzicht — und der Strafbarkeit im Falle der Rückwanderung nach zwischenzeitlicher Naturalisation).

Weniger die Sorge um beiderseitige Staatsangehörige als akute politische Notsituationen lagen einer Reihe von Vereinbarungen zwischen den Vereinigten Staaten und ihren jeweiligen Verbündeten aus Anlaß beider Weltkriege zugrunde. Im Jahre 1918 schlossen die USA mit fünf dieser Staaten förmliche Verträge. Danach unterlagen die Angehörigen des einen Vertragsstaates, die sich im anderen Vertragsstaat aufhielten, dessen Wehrgesetzen, sofern sie nicht binnen bestimmter Fristen in die Streitkräfte des Heimatstaates eintraten oder den Aufenthaltsstaat verließen (Großbritannien und Canada, Griechenland, Frankreich und Italien)¹¹.

Im 2. Weltkrieg kamen mit 23 verbündeten Staaten durch Notenaustausch executive agreements ähnlichen Typs zustande: Aufenthalter, die keinen Einbürgerungsantrag gestellt hatten, konnten den Wehrdienst nach ihrer Wahl in den Streitkräften des Aufenthalts- oder des Heimatstaates leisten¹².

Schließlich finden sich isolierte Wehrpflicht (Staatsangehörigkeits-)Regelungen in allgemeinen Freundschafts- und Handelsverträgen. Von dem Jay-Vertrag mit Großbritannien (1794) abgesehen, der materiell noch Friedensvertrag ist, gibt es je eine Gruppe von Verträgen dieser Art nach dem 1. und dem 2. Weltkrieg. Die erste Gruppe erkennt wörtlich übereinstimmend nach dem Vorbild des Vertrages mit Deutschland 1923 im Falle des Krieges eines Vertragsstaates mit einem Drittstaat an, daß die Angehörigen des anderen Vertragsstaates, die sich in dem kriegführenden Vertragsstaat dauernd und mit erklärter Einbürgerungsabsicht aufhalten, der Wehrpflicht des letztgenannten Staates unterliegen, sofern sie nicht binnen 60 Tagen nach Kriegserklärung abreisen (Estland und Ungarn 1925, Salvador 1926, Lettland, Österreich und Norwegen 1928, Liberien 1938).

Die untereinander ebenfalls praktisch identischen Klauseln in den Handelsverträgen nach 1945 sind komplizierter. Zunächst sichert jeder Partner dem anderen die Befreiung seiner Staatsangehörigen vom Wehrdienst zu. Diese Befreiung entfällt — d. h. der Wehrdienst ist in den Streitkräften des anderen Vertragsstaates zu leisten — außer im Falle der Doppelstaatigkeit¹³ beim gemeinsamen Kampf beider Vertragsstaaten gegen Dritte oder — ein Zeichen für frühen Nachkriegs-Optimis-

11 Dazu L. H. Woolsey, *The military service conventions between the United States and associated countries*, *AJIL* 12 (1918), S. 824—828.

12 Zusammenstellung dieser Abkommen bei Whiteman, S. 569—571. Näheres unten im Dokumententeil.

13 So z. B. Protokoll Ziff. 3 zum Vertrag mit Irland 1950, *UNTS* Bd. 206, S. 298, 300.

mus — bei gemeinsamen Maßnahmen zur Friedenssicherung usw. im Sinne der UN-Satzung. Aber auch hier wird wieder eine Befreiung vom Wehrdienst in den fremden Streitkräften vereinbart, wenn der Aufenthaltler, der keinen Einbürgerungsantrag gestellt hat, binnen angemessener Frist in den Streitkräften seines Heimatstaates zu dienen vorzieht (China 1946, Italien 1948, Irland 1950. Die stattliche Reihe der nach diesem Zeitpunkt noch geschlossenen Freundschaft-, Niederlassungs-, Handels-, Schifffahrts- usw. Verträge enthält keine die Staatsangehörigkeit unmittelbar oder mittelbar — über die Wehrpflicht — behandelnden Klauseln mehr).

Diese Wehrpflichtabkommen im weiteren Sinne haben unter den folgenden dargestellten Aspekten des amerikanischen Staatsangehörigkeits-Rechts — vom Recht der zahlreichen Vertragspartner wird hier abgesehen — Auswirkungen auf die Staatsangehörigkeit selbst.

Zunächst geht es um Amerikaner, die in fremden Staaten Wehrdienst leisten. In den Doppelstaaterverträgen, in den Wehrpflichtabkommen beider Weltkriege und schließlich in den nach 1918 entstandenen Wehrpflichtklauseln der Freundschafts- und Handelsverträge erkennt jeweils ein Vertragspartner qua Heimatstaat an, daß sein eigener Staatsangehöriger, der sich im anderen Vertragsstaat aufhält, unter bestimmten jeweils spezifizierten Bedingungen der Wehrpflicht des Aufenthaltsstaates unterworfen ist. Mitunter wird schon im Wortlaut klargestellt (so im Doppelstaaterabkommen mit Frankreich), daß der Betroffene nicht oder nur noch unter besonderen Umständen im Heimatstaat Wehrdienst leisten muß, so wenn er ein entsprechendes Wahlrecht ausübt wie in den Handelsverträgen nach 1945. Ja nach dem Doppelstaaterabkommen mit Frankreich gilt der in einem Staat geleistete Wehrdienst ausdrücklich zugleich als Erfüllung der Wehrpflicht des anderen. Diese Regelungen betreffen aber zunächst nur die Wehrdienstfrage im Verhältnis der Vertragsstaaten zueinander. Nach amerikanischem Staatsangehörigkeits-Recht führt nun aber der Eintritt in fremde Streitkräfte ohne ausdrückliche Genehmigung durch die Secretaries of State und Defense normalerweise zum Verlust der amerikanischen Staatsangehörigkeit¹⁴. Der Einfluß der erwähnten Wehrdienstverträge auf diese Bestimmung wird meist nicht explizit gemacht. Nur die Wehrdienstverträge von 1918 schließen ausdrücklich diese Verlustwirkung aus. Dieser zunächst zwischenstaatlichen Vereinbarung kommt im Transformationswege dann allerdings zugleich unmittelbare interne staatsangehörigkeitsrechtliche Wirkung zu. Dasselbe muß aber auch für die anderen Wehrdienstverträge im weiteren Sinne gelten. Wenn der Sinn der Verlustbestimmungen darin liegt, daß die Anerkennung einer Wehrpflicht in einem fremden Staate unvereinbar mit den Pflichten des amerikanischen Bürgers den Vereinigten Staaten gegenüber ist¹⁵, dann bedeutet eben der Wehrdienstvertrag, daß die Vereinigten Staaten im geregelten Umfange diese Unvereinbarkeit verneinen und mithin die amerikanische Staatsangehörigkeit nicht verlorengeht, wenn ein Amerikaner im Rahmen des Wehrdienstvertrages in einem fremden Staate (dem Vertragsstaat) Wehrdienst leistet. Diese Argumentation ist entscheidend. Denn wenn man nur auf die Zeitfolge der Normen abstellt, würde jede diesen Verlustgrund wiederum enthaltende Neufassung des Staatsangehörigkeitsgesetzes nach amerikanischer Auffassung dem früheren Verträge

14 Immigration and Nationality Act 1952, § 349 (a) (3), Stat. Bd. 66, S. 267 = U. S. C. Title 8, § 1481 (a) (3).
15 U. S. ex rel. De Cicco v. Longo, D. C. Com. 1942, F. Supp. Bd. 46, S. 170.

in seiner innerstaatlichen Wirkung ohne weiteres derogieren (der Vertrag hat keine höherrangige Geltung). — Entsprechendes würde für die Vertragspartner der Vereinigten Staaten gelten.

Außer den bisher besprochenen Vertragsnormen für eigene Staatsangehörige, die fremden Wehrdienst leisten, stipulieren wie dargelegt zahlreiche Vertragsklauseln die gegenseitige Befreiung vom Wehrdienst. Hier verspricht ein Staat dem anderen, die Staatsangehörigen des Vertragspartners, die sich im Gebiet des ersteren aufhalten, nicht zum Wehrdienst heranzuziehen. Hier geht es also um die Rechtslage fremder Staatsangehöriger, die in den USA vom Wehrdienst befreit sind.

Diese Regelung kann sich naturgemäß nicht auf den Verlust einer noch nicht existenten, aber doch auf die Möglichkeiten des künftigen Erwerbs der Staatsangehörigkeit der Vereinigten Staaten auswirken. Zunächst haben die Vereinigten Staaten unter Verletzung dieser völkerrechtlichen Verträge in beiden Weltkriegen auch vertraglich befreite Ausländer zum Wehrdienst herangezogen¹⁶, da die Wehrgesetze grundsätzlich auf alle männlichen Personen anzuwenden sind¹⁷ und sie, wie erwähnt, soweit später erlassen, jedenfalls innerstaatlich dem Vertrag vorgehen¹⁸. Abgesehen von der hier nicht zu verfolgenden Gefährdung der Rechtsstellung des Ausländers in seinem Heimatstaat verbesserte diese amerikanische Praxis seine Position im Hinblick auf einen beabsichtigten Erwerb der amerikanischen Staatsangehörigkeit, denn die Einbürgerung wird auch in den Vereinigten Staaten erleichtert, wenn der Antragsteller in den amerikanischen Streitkräften dient¹⁹. Gegenvorstellungen von Partnerstaaten und des Department of State wegen dieser Vertragsverletzung führten schließlich dazu, daß die amerikanische Gesetzgebung die Befreiungsklauseln berücksichtigt, aber nur in der Weise, daß jemand, der sich auf sie beruft, zwar nicht in den amerikanischen Streitkräften zu dienen braucht, dafür aber vom Erwerb der amerikanischen Staatsangehörigkeit schlechthin ausgeschlossen wird. Die Befreiungsklausel in Verbindung mit dem inneramerikanischen Recht stellt also den vertraglich begünstigten Ausländer vor die Alternative, entweder sich auf die vertraglich vorgesehene Befreiung zu berufen, dann aber nie amerikanischer Bürger werden zu können, oder auf sie zu verzichten, d. h. in den USA Soldat zu werden, und dann die amerikanische Staatsangehörigkeit (sogar beschleunigt) erwerben zu können²⁰. Lediglich der Vertrag mit China 1946 enthält neben der Befreiungsklausel einen warnenden Hinweis auf die Möglichkeit einer derartigen Regelung²¹. Die Vergünstigung der Befreiung wird vom amerikanischen Gesetz zwingend an den erwähnten Nachteil gekoppelt²².

Schließlich ist in diesem Zusammenhange noch das Wanderarbeiterabkommen mit Mexiko 1951 (das z. Z. letzte in einer Reihe mehrerer ähnlicher Abkommen) zu erwähnen. Es enthält nicht nur die Befreiungsklausel, sondern schließt die betroffenen Mexikaner darüber hinaus positiv von jedem amerikanischen Wehrdienst aus. Es eröffnet also nicht wie sonst durch die Befreiungsklausel in Verbindung

16 Vgl. Whiteman, S. 549 ff.

17 Vgl. zuletzt den Military Selective Service Act 1967, § 1 (2) mit Vorläufern, Stat. Bd. 81, S. 100, U. S. C. Title 50 App. § 454 (a).

18 Hierzu Moser v. U. S., U. S. Reports Bd. 341 (1951) S. 41, 45.

19 Immigration and Nationality Act 1952, §§ 328 ff., Stat. Bd. 66, S. 249, U. S. C. Title 8, §§ 1439 ff.

20 Vgl. zuletzt Immigration and Nationality Act 1952 § 315, Stat. Bd. 66, S. 242, U. S. C. Title 8, § 1426.

21 Versteckt ebenso die Minutes of Interpretation zum Vertrag mit Irland 1950 zu Art. 3 Abs. 1, in: UNTS Bd. 206, S. 304 = UST Bd. 1, S. 808.

22 Durch eine executive order vom 24. 11. 1970 hat der amerikanische Präsident im Hinblick auf die Interessen amerikanischer Firmen mit Auslandsniederlassungen eine echte Möglichkeit der Befreiung vom Wehrdienst verfügt für solche Ausländer, die von amerikanischen Gesellschaften im Ausland in „executive, managerial or special posts“ beschäftigt werden und im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit in die USA kommen. Die Folge: sie können gleichwohl eingebürgert werden; die Ausschluß-Alternative gilt für sie nicht. Nach Internat. Herald Tribune vom 26. 11. 1970.

mit der internen Gesetzgebung die Wahlmöglichkeit zwischen Befreiung und Wehrdienst mit erleichterter Einwanderung, sondern verschließt ausdrücklich diese letzte Alternative. Man wollte dem besonderen Status dieser zahlreichen Mexikaner als Wanderarbeiter — soziologisch ein ganz anderer Typus als der Daueraufenthalter mit Einbürgerungsabsicht — Rechnung tragen und zugleich verhindern, daß sich hier eine Einwanderungspforte eigener Art für eine größere Zahl möglicher Interessenten außerhalb des ordentlichen Einwanderungssystems auftrue.

V.

Eine vorwiegend historisch interessante, später jedoch nicht wieder in Erscheinung tretende Regelung mit indirekter Auswirkung auf die Staatsangehörigkeit findet sich übereinstimmend in den Verträgen mit Nicaragua 1867 (Art. 9 Abs. 1) und Salvador 1870 (Art. 29 Abs. 1). Sie setzte die bis vor kurzem fast universal anzutreffende Norm außer Kraft, nach welcher die Eheschließung mit einem Ausländer den Staatsangehörigkeitswechsel der Frau zur Folge hat. Die erwähnten Vertragsnormen bestimmten ausdrücklich, daß diese Wirkung nicht eintreten sollte. Man darf vermuten, daß das Interesse der auch damals im Verhältnis zu den Vertragspartnern schon übermächtigen USA an der Erhaltung der Staatsangehörigkeit der Amerikanerin dieser Vereinbarung zugrunde lag. Folgewirkungen hat sie nicht gezeitigt.

Als mehr prozedurale denn substantielle Besonderheit sei abschließend ein Versuch erwähnt, für die Behandlung der zwischen zwei Staaten auftauchenden Staatsangehörigkeits-Streitfragen eine besondere gemeinsame Instanz zu schaffen. In der Regel entscheiden nationale Stellen (Verwaltung, Gerichte) diese Probleme, seltener internationale Gerichte (die Inzident-Entscheidung Nottebohm ist eine Ausnahme). Gelegentlich sind zwischenstaatliche gemischte Schiedsgerichte, Schiedskommissionen usw. berufen, im Zusammenhang mit Entschädigungsfragen inzidenter über die Staatsangehörigkeit zu erkennen²³. Im Jahre 1947 machten nun die Vereinigten Staaten und Polen den interessanten Versuch, eine gemeinsame Staatsangehörigkeits-Kommission einzurichten, die sich ausschließlich den zwischen beiden Ländern etwa streitig werdenden Staatsangehörigkeits-Fällen widmen sollte, soweit ersichtlich ein Novum der zwischenstaatlichen Beziehungen. Allerdings hatte die Kommission keine selbständige Entscheidungsgewalt. Sie sollte nach Sachprüfung lediglich Empfehlungen für die beiden Regierungen formulieren. — Bedeutsam ist an ihr ohnehin nur die Idee. Sie wurde nämlich ein Opfer des sich entfaltenden Kalten Krieges. Nachdem sie gar nicht praktisch hatte tätig werden können, wurde sie 1948 wieder aufgelöst.

Ähnlich dem Verfahren mehr als der Sachregelung verhaftet ist eine amerikanisch-jugoslawische Vereinbarung von 1950. Sie betraf Fälle möglicher Doppelstaatigkeit, ließ dieses Problem selbst jedoch offen und beschränkte sich auf eine Art Garantie freier Ausreise für amerikanische Staatsangehörige jugoslawischer Abstammung, die mit jugoslawischem Visum nach Jugoslawien eingereist waren, auch wenn dieser Staat sie als seine eigenen Angehörigen beanspruchte.

²³ Vgl. die oben, Anm. 10, zitierte Entscheidung.

DOKUMENTATION

I. Inhaltliche Übersicht

Die das Staatsangehörigkeits-Recht direkt betreffenden oder für dieses indirekt erheblichen Verträge der USA umfassen folgende fünf Gruppen: Einbürgerungsverträge, Wehrdienstverträge, Verträge über Gebietsabtretung, Sonderverträge sowie fünftens multilaterale Verträge.

1. Die Gruppe der Einbürgerungsverträge umfaßt folgende Verträge mit: Albanien, Belgien, Brasilien (1951 gekündigt), Bulgarien, Costarica, Dänemark, Deutschland (Norddeutscher Bund und vier süddeutsche Staaten, außer Kraft 1917), Ecuador (1892 gekündigt), Großbritannien (1953 gekündigt), Haiti, Honduras, Mexico (1882 gekündigt), Nicaragua, Österreich-Ungarn (außer Kraft 1917), Peru, Portugal, Salvador, Schweden — Norwegen, Tschechoslowakei, Türkei (Inkrafttreten verhindert), Uruguay. Von diesen 25 Verträgen sind sechs durch den ersten Weltkrieg außer Kraft getreten, einer konnte nicht in Kraft treten und vier wurden gekündigt. Es sind also noch 14 dieser sog. Bancroft-Verträge in Kraft. Alle vier Kündigungen gingen nicht von den USA aus, sondern von ihren Partnern.
2. Die Gruppe der Wehrdienstverträge umfaßt vier Untertypen:
 - a) 8 Doppelstaaterabkommen mit: Finnland, Frankreich (3 Verträge), Norwegen, Schweden, Schweiz, Litauen; ferner Bestimmung im Einbürgerungsvertrag mit Albanien (s. o.).
 - b) 5 Wehrdienstverträge mit den Alliierten von 1918: Frankreich, Griechenland, Großbritannien (mit Canada), Italien. Ähnliche Verträge aus dem Zweiten Weltkrieg 1942—1945 mit 23 Alliierten: Australien, Belgien, Brasilien, Canada, Chile, China, Columbien, Cuba, Ecuador, Griechenland, Großbritannien, Indien, Jugoslawien, Mexico, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Peru, Polen, Salvador, Südafrika, Tschechoslowakei, Venezuela sowie ein zweiter Vertrag mit Canada.
 - c) 12 Handelsverträge mit Klausel: China, Deutschland (außer Kraft 1941), Großbritannien (s. aber auch Gruppe 3), Irland, Italien, Liberia, Norwegen, Österreich, Salvador (außer Kraft 1958), Estland, Lettland, Ungarn.
 - d) 23 Verträge (meist ältere Handelsverträge) mit Klausel über Befreiung vom Wehrdienst mit: Argentinien, Costarica, Dominikanische Republik, Haiti, Hawaii, Honduras, Jugoslawien (Serbien), Italien (2mal), Japan (2mal), Kongo, Mexico, Nicaragua, Paraguay, Salvador, Schweiz, Spanien, Südafrika, Thailand (2mal), Tonga, Venezuela.
3. Staatsangehörigkeitsvorschriften aus Anlaß von Gebietsabtretungen finden sich im Verhältnis zu folgenden Staaten: Dänemark (Westindien), Frankreich (Louisiana), Mexico (Texas, Arizona), Sowjetunion (Alaska), Spanien (Florida und Kolonien von 1898).
4. Sonderverträge betrafen Staatsangehörigkeits-Kommission (Polen, außer Kraft 1948), Visumfragen (Jugoslawien), Verweisung auf Art. 278 Versailler Vertrag (Deutschland), Staatsangehörigkeit der Südsee-Inseln (Vereinte Nationen).
5. Multilaterale Verträge: Interamerikanische Abkommen über Status Eingebürgerter (13. 8. 1906) und über Staatsangehörigkeit der Ehefrau (26. 12. 1933); Haager Protokoll über Wehrdienst (12. 4. 1930); Marokko-Vertrag (3. 7. 1880).

II. Alphabetische Übersicht

Die mit einem Stern versehenen Verträge sind außer Kraft getreten, die mit zwei Sternen sind nie ratifiziert worden.

A	=	Abtretungs-Vertrag (Gebietswechsel)	
B	=	Befreiungs-Klausel (Wehrpflicht)	
D	=	Doppelstaater-Vertrag (Wehrpflicht)	
E	=	Einbürgerungs-Vertrag	
H	=	Handels-Vertrag mit Klausel	
S	=	Sonder-Vertrag	
W	=	Wehrdienst-Vertrag beider Weltkriege	
		Albanien	5. 4. 1932 E
		Argentinien	27. 7. 1853 B
*		Australien	31. 3. 1942 W
		Belgien	16. 11. 1868 E
*		Belgien	31. 3. 1942 W
*		Brasilien	27. 4. 1908 E
*		Brasilien	23. 1. 1943 W
		Bulgarien	23. 11. 1923 E
*		Canada	3. 6. 1918 W
*		Canada	18. 3. 1942 W
*		Canada	30. 3. 1942 W
*		Chile	7. 6. 1945 W
*		China	6. 11. 1943 W
		China	4. 11. 1946 H
*		Columbien	27. 1. 1944 W
		Costarica	10. 7. 1851 B
		Costarica	10. 6. 1911 E
*		Cuba	6. 11. 1942 W
		Dänemark	20. 7. 1872 E
		Dänemark	4. 8. 1916 A
*		Deutschland	22. 2. 1868 E
		Deutschland	25. 8. 1921 S
*		Deutschland	8. 12. 1923 H
*		Baden	19. 7. 1868 E
*		Bayern	25. 5. 1868 E
*		Hessen	1. 8. 1868 E
*		Württemberg	27. 7. 1868 E
*		Dominikanische Republik	8. 2. 1867 B
*		Ecuador	6. 5. 1872 E
*		Ecuador	2. 4. 1945 W
		Estland (s. Sowjetunion)	
		Finnland	27. 1. 1939 D
		Frankreich	30. 4. 1803 A
*		Frankreich	3. 9. 1918 W
*		Frankreich	25. 2. 1948 D
		Frankreich	22. 12. 1948 D
		Frankreich	31. 12. 1952 D
*		Griechenland	30. 8. 1918 W
*		Griechenland	31. 3. 1942 W
*		Großbritannien	19. 11. 1794 H (A)
*		Großbritannien	13. 5. 1870 E
		Großbritannien	23. 2. 1871 E
*		Großbritannien	3. 6. 1918 W
*		Großbritannien	30. 3. 1942 W
*		Haiti	3. 11. 1864 B
		Haiti	22. 3. 1902 E
		Haiti	28. 2. 1903 E

* Hawaii	20. 12. 1849	B
* Honduras	4. 7. 1864	B
Honduras	23. 6. 1908	E
Honduras	7. 12. 1927	H
* Indien	30. 3. 1942	W
Irland	21. 1. 1950	H
Italien	26. 2. 1871	B
* Italien	24. 8. 1918	W
Italien	2. 2. 1948	H
* Italien (Sizilien)	1. 10. 1855	B
* Japan	22. 11. 1894	B
Japan	21. 2. 1911	B
* Jugoslawien	31. 3. 1942	W
Jugoslawien	23. 3. 1950	S
* Jugoslawien (Serbien)	14. 10. 1881	B
Kongo	24. 1. 1891	B
Lettland (s. Sowjetunion)		
Liberia	8. 8. 1938	H
Litauen (s. Sowjetunion)		
** Mexico (Texas)	12. 4. 1844	A
* Mexico	5. 4. 1831	B
Mexico	2. 2. 1848	A
Mexico	30. 12. 1853	A
Mexico	10. 7. 1868	E
* Mexico	22. 1. 1943	W
Mexico	11. 8. 1951	B
* Neuseeland	31. 3. 1942	W
* Nicaragua	21. 6. 1867	B
Nicaragua	7. 12. 1908	E
Nicaragua	17. 6. 1911	E
* Niederlande	31. 3. 1942	W
Norwegen	26. 5. 1869	E
Norwegen	5. 6. 1928	H
Norwegen	1. 11. 1930	D
* Norwegen	31. 3. 1942	W
* Österreich	20. 9. 1870	E
Österreich	19. 6. 1928	H
Paraguay	4. 2. 1859	B
Peru	15. 10. 1907	E
* Peru	23. 5. 1945	W
* Polen	30. 3. 1942	W
* Polen	16. 2. 1947	S
Portugal	7. 5. 1908	E
* Salvador	6. 12. 1870	B
Salvador	14. 3. 1908	E
* Salvador	22. 2. 1926	H
* Salvador	3. 4. 1943	W
Schweden	26. 5. 1869	E
Schweden	31. 1. 1933	D
Schweiz	25. 11. 1850	B
Schweiz	11. 11. 1937	D
Sowjetunion	30. 3. 1867	A
* Estland	23. 12. 1925	H
* Lettland	20. 4. 1928	H
* Litauen	18. 10. 1937	D
Spanien	22. 2. 1819	A
Spanien	10. 12. 1898	A
Spanien	29. 2. 1900	A
Spanien	3. 7. 1902	B
* Südafrika	31. 3. 1942	W

* Südafrika (Oranjerestaat)	22. 12. 1871	B
* Thailand	16. 12. 1920	B
Thailand	13. 11. 1937	B
Tonga (StAB außer Kraft)	2. 10. 1886	B
Tschechoslowakei	16. 7. 1928	E
* Tschechoslowakei	3. 4. 1942	W
** Türkei	11. 8. 1874	E
* Ungarn	20. 9. 1870	E
* Ungarn	24. 6. 1925	H
Uruguay	10. 8. 1908	E
* Venezuela	27. 8. 1860	B
* Venezuela	10. 5. 1945	W
Vereinte Nationen	2. 4. 1947	S
Anhang (Multilaterale)		
Völkerbund	12. 4. 1930	
Amerikanische Staaten	13. 8. 1906	
Amerikanische Staaten	26. 12. 1933	
Vierzehnmächte (Marokko)	3. 7. 1880	

III. Chronologische Übersicht

Die Daten in Klammern unter dem Datum des Vertragsschlusses bezeichnen das Inkrafttreten. Unter „Prokl.“ ist die Proklamation des amerikanischen Präsidenten zu verstehen, mit welcher das Inkrafttreten festgestellt wird.

19. 11. 1794 **Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Großbritannien**
(28. 10. 1795) **(sog. Jay-Vertrag)**
Dagegen hatte der Friedensvertrag v. 3. 9. 1783 keine StAB enthalten. England nahm StA-Erwerb aber ab 1783 an, die USA dagegen schon ab der Unabhängigkeitserklärung v. 1776 (s. Inglis v. Sailor's Snug Harbour)
StAB: Art. 2
Prokl.: 29. 2. 1796
Amtl. Text: Statutes, Bd. 8, S. 116
TS 105
Engl. Text: State Papers Bd. 1, S. 784
Malloy, S. 590
Miller, Bd. 2, S. 245
Engl. u. franz. Text: Martens, R., Bd. 6, S. 336
Dt. Übers. v. Art. 2: Rabl, S. 133
Fälle: Crane v. Reeder
30. 4. 1803 **Vertrag mit Frankreich über die Abtretung von Louisiana**
(21. 10. 1803) StAB: Art. 3
Prokl.: 21. 10. 1803
Amtl. Text: Statutes, Bd. 8, S. 200
TS 86
Engl. u. franz. Text: Martens, R., Bd. 10 (Suppl. Bd. 3), S. 464
Engl. Text: Malloy, S. 508
Hyatt, S. 1227
Miller, Bd. 2, S. 498
Dt. Übers. v. Art. 3: Rabl, S. 131
Fälle: Aubry v. U. S.; de Baca v. U. S.; Desbois v. U. S.;
Foucher v. U.S.; Scott and U.S. v. Laverty;
State v. Primrose
22. 2. 1819 **Vertrag mit Spanien betr. u. a. die Abtretung von Florida**
(22. 2. 1821) StAB: Art. 6
Prokl.: 22. 2. 1821
Amtl. Text: Statutes, Bd. 8, S. 252
TS 327
Engl. u. span. Text: State Papers Bd. 8, S. 524
Martens, N.R. Bd. 5, S. 328
Engl. Text: Malloy, S. 1651
Hyatt, S. 1243
Miller, Bd. 3, S. 3
Dt. Übers. v. Art. 6: Rabl S. 131
Fälle: American Ins. Co. v. Canter; Boyd v. Thayer;
Tannis v. Doe ex dem. St. Cyre
5. 4. 1831 **Handels-, Freundschafts- und Schiffahrtsvertrag mit Mexiko**
(5. 4. 1832) Suspendiert durch Krieg v. 1846/7; wieder in Kraft durch Art. 17 des Vertrages v. 2. 2. 1848 (s. u.); außer Kraft durch Kündigung Mexikos am 30. 11. 1881
StA/WdB: Art. 9
Prokl.: 5. 4. 1832
Amtl. Text: Statutes Bd. 8, S. 410
TS 203
Engl. Text: Malloy, S. 1084
State Papers, Bd. 19, S. 209

Martens, N.R., Bd. 10, S. 322
Miller, Bd. 3, S. 599
Fälle: Atocka v. U.S.

12. 4. 1844 **Vertrag mit der Republik Texas über deren Beitritt zu den USA**
StAB: Art. 2
Vom amerikanischen Senat nicht ratifiziert, daher nie in Kraft.
Texas, das 1836 unabhängig geworden war, wurde 1845 ohne Vertrag von den USA annektiert. Durch Prokl. v. Gen. Kearny v. 22. 8. 1846 über die Annexion New Mexicos wurde ein automat. StA-Wechsel festgestellt (Martens, N. R. G., Bd. 9, S. 320)
Engl. Text: State Papers Bd. 33, S. 262
Martens, N.R.G., Bd. 6, S. 378
Miller, Bd. 4, S. 697
2. 2. 1848 **Vertrag von Guadalupe Hidalgo mit Mexiko über Frieden,**
(30. 5. 1848) **Freundschaft, Grenzen und Ausgleich**
StAB: Art. 8—9 (betr. Texas)
Prokl.: 4. 7. 1848
Amtl. Text: Statutes Bd. 9, S. 922
TS 207
Engl. Text: State Papers Bd. 37, S. 567
Hyatt, S. 1235
Engl. und span. Text: Martens, N.R.G., Bd. 14, S. 7
Miller, Bd. 5, S. 207
Malloy, S. 1107
Dt. Übers.: Martens, N.R.G., Bd. 11, S. 387
Rabl, S. 132 (nur Art. 8)
Fälle: bei Dyne, S. 284-291, 329
20. 12. 1849 **Freundschafts-, Handels- und Schiffsvertragsvertrag mit Hawaii**
(24. 8. 1850) **Außer Kraft mit der Annexion durch USA am 7. 7. 1898**
StAB/WdB: Art. 8
Prokl.: 9. 11. 1850
Amtl. Text: Statutes Bd. 9, S. 977
TS 160
Engl. Text: Malloy, S. 908
Martens, N.R.G., Bd. 14, S. 680
Miller, Bd. 5, S. 591
25. 11. 1850 **Vertrag über Freundschaft, Handel und Auslieferung**
(8. 11. 1855) **mit der Schweiz**
StAB/WdB: Art. 2 Abs. 1
Prokl.: 9. 11. 1855
Amtl. Text: Statutes Bd. 11, S. 587
TS 353
Englischer Text: Malloy, S. 1763
State Papers Bd. 38, S. 285
Franz. Text: Martens, N. R. G., Bd. 16 I, S. 25
Fälle: Haver v. Yaker
10. 7. 1851 **Freundschafts-, Handels- und Schiffsvertragsvertrag**
(26. 5. 1852) **mit Costarica**
StA/WdB: Art. 9
Prokl.: 26. 5. 1852
Amtl. Text: Statutes Bd. 10, S. 916
TS 62
Engl. Text: Malloy, S. 341
State Papers Bd. 40, S. 1090
Martens, N.R.G., Bd. 16 I, S. 113
Miller, Bd. 5, S. 985

27. 7. 1853
(20. 12. 1854) **Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Argentinien**
StA/WdB: Art. 10
Prokl.: 9. 4. 1855
Amtl. Text: Statutes Bd. 10, S. 1005
TS 4
Engl. Text: Malloy, S. 20
State Papers Bd. 42, S. 720
Miller, Bd. 6, S. 269
30. 12. 1853
(30. 6. 1854) **Grenzvertrag mit Mexiko betr. Südarizona (Tehuantepec)**
(sog. Gadsden-Vertrag oder Vertrag von Mesilla)
StAB: Art. 5 (Verweis auf Art. 8/9 des Vertrages von 1848)
Prokl.: 30. 6. 1854
Amtl. Text: Statutes Bd. 10, S. 1031
TS 208
Engl. Text: State Papers Bd. 42, S. 724
Martens, N.R.G.², Bd. 1, S. 1.
Malloy, S. 1121
Hyatt, S. 1236
Engl. u. span. Text: Miller, Bd. 6, S. 293
1. 10. 1855
(7. 11. 1856) **Vertrag über Freundschaft, Handel, Schifffahrt und Auslieferung mit dem Königreich Beider Sizilien**
Außer Kraft mit Bildung des Königreiches Italien 1867
StA/WdB: Art. 5
Prokl.: 10. 12. 1856
Amtl. Text: Statutes Bd. 11, S. 639
TS 365
Engl. Text: Malloy, S. 1814
State Papers Bd. 45, S. 226
Martens, N.R.G., Bd. 16 I, S. 521
4. 2. 1859
(7. 3. 1860) **Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Paraguay**
StA/WdB: Art. 11
Prokl.: 12. 3. 1860
Amtl. Text: Statutes Bd. 12, S. 1091
TS 272
Engl. Text: Malloy, S. 1364
State Papers Bd. 49, S. 487
Martens, N.R.G., Bd. I, S. 249
27. 8. 1860
(9. 8. 1861) **Vertrag über Freundschaft, Handel, Schifffahrt und Auslieferung mit Venezuela**
Außer Kraft am 22. 10. 1870 infolge Kündigung durch Venezuela
StA/WdB: Art. 2
Prokl.: 25. 9. 1861
Amtl. Text: Statutes Bd. 12, S. 1143
TS 369
Engl. Text: Malloy, S. 1845
State Papers Bd. 50, S. 502
4. 7. 1864
(5. 5. 1865) **Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Honduras**
Außer Kraft mit Inkrafttreten des neuen Vertrages v. 7. 12. 1927
(s. u.) am 19. 7. 1928
StA/WdB: Art. 9
Prokl.: 30. 5. 1865
Amtl. Text: Statutes, Bd. 13, S. 6 . . 9
bzw. Bd. 18 II, S. 426
TS 172
Engl. Text: Malloy, S. 952
State Papers Bd. 54, S. 1134

3. 11. 1864
(22. 5. 1865) **Freundschafts-, Handels-, Schiffs- und Auslieferungsvertrag mit Haiti**
Außer Kraft am 7. 5. 1905 durch Kündigung seitens Haitis
StA/WdB: Art. 5
Prokl.: 6. 7. 1865
Amtl. Text: Statutes Bd. 13, S. 711
TS 164
Engl. Text: Malloy, S. 921
State Papers Bd. 54, S. 1141
8. 2. 1867
(5. 10. 1867) **Konvention über Freundschaft, Handel, Schifffahrt und Auslieferung mit der Dominikanischen Republik**
Außer Kraft am 13. 1. 1898 durch Kündigung seitens der Dominikanischen Republik
StA/WdB: Art. 2
Prokl.: 24. 10. 1867
Amtl. Text: Statutes Bd. 15, S. 473
TS 73
Engl. Text: Malloy, S. 403
State Papers Bd. 59, S. 245
30. 3. 1867
(20. 6. 1867) **Vertrag mit Rußland über die Abtretung Alaskas**
StAB: Art. 3
Prokl.: 20. 6. 1867
Amtl. Text: Statutes Bd. 15, S. 542
TS 301
Engl. Text: Martens, N.R.G.², Bd. 1, S. 39
State Papers Bd. 57, S. 452
Malloy, S. 1521
Flournoy, S. 578
Hyatt, S. 1241
Dt. Übers. v. Art. 3: Rabl, S. 132
Fälle: Rasmussen v. U.S. (1905); Levy (in: Moore III, 2514)
21. 6. 1867
(20. 6. 1868) **Freundschafts-, Handels- und Schiffsvertrags mit Nicaragua**
außer Kraft am 24. 10. 1902 durch Kündigung Nicaraguas
StA/WdB: Art. 9 Abs. 2
Prokl.: 13. 8. 1868
Amtl. Text: Statutes Bd. 15, S. 549
TS 257
Engl. Text: Malloy, S. 1279
State Papers, Bd. 58, S. 1162
22. 2. 1868
(9. 5. 1868) **Einbürgerungsvertrag mit dem Norddeutschen Bund**
Dieser erste der sogenannten Bancroft-Verträge galt bis zum Kriegseintritt der USA von 1917. Deutschland wandte ihn auf Elsaß-Lothringen nicht an.
Prokl.: 27. 5. 1868
Amtl. Text: BGBl. 1868, S. 228
Statutes Bd. 15, S. 615
TS 261
Dt. Text: Sieber Bd. 2, S. 343
Cahn, 1. Aufl., S. 174
Engl. Text: State Papers, Bd. 58, S. 1170
Malloy, S. 1298
Martens, N.R.G., Bd. 19, S. 78
Dyne, S. 466
Franz. Text: Zeballos, Bd. 4, S. 388
Anwendung: Hackworth, S. 384—386

26. 5. 1868
(18. 9. 1868) **Einbürgerungsvertrag mit dem Königreich Bayern**
mit Protokoll vom gleichen Tage (Cahn, 1. Aufl., S. 402)
Prokl.: 8. 10. 1868
Amtl. Text: RegBl. 1868, S. 2153
Statutes Bd. 15, S. 661
TS 18
Dt. Text: Sieber, Bd. 2, S. 345
Engl. Text: State Papers Bd. 58, S. 988
Malloy, S. 60
Dyne, S. 447 (Protokoll S. 449)
10. 7. 1868
(1. 2. 1869) **Einbürgerungsvertrag mit Mexico**
Außer Kraft: 11. 2. 1882 (State Papers Bd. 72, S. 1193)
durch Kündigung Mexicos
Prokl.: 1. 2. 1869
Amtl. Text: Statutes Bd. 15, S. 687
TS 213
Engl. Text: State Papers Bd. 59, S. 263
Malloy, S. 1132
Franz. Übers.: Zeballos, Bd. 2, S. 46 (Art. 1—5);
Bd. 4, S. 633 (Art. 1 und 4)
Fälle: in re Rodriguez
19. 7. 1868
(7. 12. 1869) **Einbürgerungsvertrag mit Baden**
Prokl.: 10. 1. 1870
Amtl. Text: VOBl. 1869, S. 579
Statutes Bd. 16, S. 731
TS 15
Dt. Text: Sieber Bd. 2, S. 348
Engl. Text: State Papers Bd. 58, S. 986
Malloy, S. 53
Dyne, S. 444
27. 7. 1868
(17. 8. 1869) **Einbürgerungsvertrag mit Württemberg**
mit Protokoll vom gleichen Tage (Cahn, 1. Aufl., S. 404)
Prokl.: 7. 3. 1870
Amtl. Text: RegBl. 1872, S. 172
Statutes Bd. 16, S. 735
TS 375
Dt. Text: Sieber Bd. 2, S. 346
Bazille und Köstlin, 1902, S. 374 (Protokoll: S. 377)
Engl. Text: State Papers Bd. 58, S. 1176
Malloy, S. 1895
Dyne, S. 472
1. 8. 1868
(23. 7. 1869) **Einbürgerungsvertrag mit Hessen-Darmstadt**
mit Protokoll vom gleichen Tage (Cahn, 1. Aufl., S. 406)
Prokl.: 31. 8. 1869
Amtl. Text: RegBl. 1869, S. 597
Statutes Bd. 16, S. 743
TS 171
Dt. Text: Sieber Bd. 2, S. 351
Engl. Text: State Papers Bd. 63, S. 887
Malloy, S. 949
Dyne, S. 463
16. 11. 1868
(10. 7. 1869) **Einbürgerungsvertrag mit Belgien**
Prokl.: 30. 7. 1869
Amtl. Text: Statutes Bd. 16, S. 747
TS 24
Moniteur Belge Nr. 196 v. 15. 7. 1869
(Gesetz v. 10. 7. 1869)

- Engl. Text: State Papers, Bd. 58, S. 991
 Malloy, S. 80
 Dyne, S. 451
 Hyatt, S. 1218
 Franz. Text: Zeballos, Bd. 4, S. 416
 Dt. Übers.: Sieber, Bd. 2, S. 355
 Anwendung: Hackworth, S. 378—383
26. 5. 1869 **Einbürgerungsvertrag mit Schweden und Norwegen**
 (14. 6. 1871) mit Zusatzprotokoll vom gleichen Tage. Der noch zur Zeit der Realunion geschlossene Vertrag gilt für Norwegen und Schweden noch heute.
 Prokl.: 12. 1. 1872
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 17, S. 809
 TS 350
 Engl. Text: State Papers, Bd. 59, S. 272
 Malloy, S. 1758
 Hyatt, S. 1245
 Dyne, S. 468 (Protokoll: S. 470)
 Franz. Text: Zeballos, Bd. 4, S. 414 (Protokoll: S. 415)
 Dt. Übers.: Sieber, Bd. 2, S. 361
 Fälle: Perkins v. Elg (1939); Hansen v. Corson (1931);
 in re Tobiassen (1929—32); vgl. dazu: Hackworth,
 S. 392—398
13. 5. 1870 **Einbürgerungsvertrag mit Großbritannien**
 (10. 8. 1870) Vorausgegangen war ein Protokoll Johnson-Stanley vom 9. 10. 1868 (Text: For.Rel. 1868 I, S. 359), dem der Vertrag grundsätzlich folgte. Dazu: Morrow, in: Am. Hist. Rev. 1933/4, S. 663—681. Kündigung Großbritanniens: 15. 12. 1953 (Cmd. 8757 und State Papers Bd. 160, S. 365), wirksam ab 15. 12. 1954, auch für Süd-Rhodesien und andere von Großbritannien außenpolitisch vertretene Territorien. Gleichzeitig Kündigung durch: Australien, Canada, Ceylon, Indien, Neuseeland, Pakistan, Südafrika. Für Irland Weitergeltung anzunehmen (s. Vertrag v. 21. 1. 1950).
 Prokl.: 16. 9. 1870
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 16, S. 775
 TS (US) 130
 TS (UK) 9 von 1953 (Cmd. 8757)
 Engl. Text: State Papers, Bd. 60, S. 36
 Malloy, S. 691
 Martens N. R. G., Bd. 20, S. 524
 Dyne, S. 456
 Hyatt, S. 1229
 Franz. Text: Zeballos, Bd. 4, S. 411
 Dt. Übers.: Sieber, Bd. 2, S. 359
 Anwendung: Hackworth, S. 358—360 und Reynolds v. Haskins (1925); U. S. v. Reid (1934); Ostby v. Salmon (1929); Perkins v. Elg (1939); U. S. ex rel. Guest v. Perkins (1936)
20. 9. 1870 **Einbürgerungsvertrag mit Österreich-Ungarn**
 (14. 7. 1871) Außer Kraft mit Kriegseintritt 1917
 Prokl.: 1. 8. 1871
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 17, S. 833
 TS 12
 Dt. Text: Sieber, Bd. 2, S. 353
 Engl. Text: State Papers, Bd. 60, S. 169
 Malloy, S. 45
 Martens, N. R. G., Bd. 20, S. 347

- Dyne, S. 441
 Franz. Text: Zeballos, Bd. 4, S. 396
 Anwendung: Hackworth, S. 377—378
6. 12. 1870
 (11. 3. 1874) **Vertrag über Freundschaft, Handel und Konsularrechte mit Salvador**
 Außer Kraft am 30. 5. 1893 durch Kündigung Salvadors
 StA/WdB: Art. 29 Abs. 1 und 3
 Prokl.: 13. 3. 1874
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 18 III, S. 725
 TS 310
 Engl. Text: Malloy, S. 1551
 State Papers, Bd. 67, S. 989
 Martens, N.R.G.², Bd. 1, S. 79
23. 2. 1871
 (4. 5. 1871) **Vertrag mit Großbritannien über Verzicht auf Einbürgerung**
 Prokl.: 5. 5. 1871
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 17, S. 841
 TS 132
 Engl. Text: Malloy, S. 698
 Martens N. R. G., Bd. 20, S. 526
 State Papers, Bd. 61, S. 38
 Dyne, S. 458
26. 2. 1871
 (18. 11. 1871) **Handels- und Schiffsvertragsvertrag mit Italien**
 Außer Kraft durch Krieg 1941
 StA/WdB: Art. 3 Abs. 2
 Prokl.: 23. 11. 1871
 Amtl. Text: Statutes Bd. 17, S. 845
 TS 177
 Engl. Text: Malloy, S. 969
 State Papers, Bd. 61, S. 88
 Martens N.R.G.², Bd. 1, S. 57
 Fälle: Storti v. Massachusetts; Maiorano v. Baltimore & Ohio Ry. Co.; Cantini v. Tillman; Tuleo v. Schuylkill Stone Co.
22. 12. 1871
 (18. 8. 1873) **Freundschafts-, Handels- und Auslieferungsvertrag mit dem Oranjestaat**
 Außer Kraft am 4. 1. 1895 durch Kündigung des Oranjestaats (eingegl. in Brit. Empire)
 StA/WdB: Art. 2 Abs. 1
 Prokl.: 23. 8. 1873
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 18 II, S. 580 und Bd. 18 III, S. 749
 TS 265
 Engl. Text: Malloy, S. 1312
 State Papers, Bd. 63, S. 893
 Martens, N.R.G.², Bd. 1, S. 69
6. 5. 1872
 (6. 11. 1873) **Einbürgerungsvertrag mit Ekuador**
 Außer Kraft: 25. 8. 1892 durch Kündigung Ecuadors
 Prokl.: 24. 11. 1873
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 18 II, S. 197
 TS 78
 Engl. Text: Martens, N.R.G.², Bd. 1, S. 93
 Malloy, S. 434
 Franz. Übers.: Zeballos, Bd. 4, S. 426
20. 7. 1872
 (14. 3. 1873) **Einbürgerungsvertrag mit Dänemark**
 Prokl.: 15. 4. 1873
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 17, S. 941
 TS 69
 Engl. Text: State Papers, Bd. 63, S. 889

- Malloy, S. 384
 Hyatt, S. 1224
 Dyne, S. 453
 Martens, N.R.G.², Bd. 1, S. 64
 Dt. Übers.: Sieber, Bd. 2, S. 357
 Anwendung: Hackworth, S. 373, 383—384
11. 8. 1874 **Einbürgerungsvertrag mit der Türkei**
 Austausch der Ratifikationsurkunden: 22. 4. 1875, zusammen mit dem Auslieferungsvertrag v. 11. 8. 1874. Bei der Ratifikation beharrten die Türken in einer Note auf dem (vom US-Senat aber eigenmächtig abgeänderten) Originaltext, der einen automatischen StA-Verlust vorsah, während die USA das „shall“ in „may“ umgewandelt hatten. Darauf erklärten die USA die Ratifikation für ungültig und der Vertrag wurde nicht proklamiert. Versuche, ihn doch in Kraft zu setzen, scheiterten 1889 und 1899 (dazu: AJIL 1931, S. 658 ff.). Bei den Verhandlungen über einen Vertrag vom 6. 8. 1923 war eine StA-Vorschrift vorgesehen, die aber dann nicht in den Text aufgenommen wurde: der Vertrag trat auch nie in Kraft (a. a. O., S. 667). Siehe auch noch AJIL 1908, S. 159.
 Franz. Text: Noradounghian, Recueil des actes internationaux de l'Empire Ottoman, Bd. 3, Paris 1900, S. 368
14. 10. 1881 **Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Serbien**
 (15. 11. 1882)
 StA/WdB: Art. 4 Abs. 1
 Prokl.: 27. 12. 1882
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 22, S. 963
 TS 319
 Engl. Text: Malloy, S. 1613
 State Papers, Bd. 72, S. 714
 Martens, N.R.G.², Bd. 11, S. 744
2. 10. 1886 **Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Tonga**
 (1. 8. 1888)
 Außer Kraft am 28. 7. 1920, ausgenommen Art. 6
 StA/WdB: Art. 9
 Prokl.: 18. 9. 1888
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 25, S. 1440
 TS 357
 Engl. Text: Malloy, S. 1781
 State Papers, Bd. 78, S. 778
24. 1. 1891 **Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag mit dem Kongo**
 (2. 4. 1892)
 Ratifikationsaustausch am 2. 2. 1892; in Kraft mit Inkrafttreten der Brüsseler Sklaverei-Deklaration v. 2. 7. 1890 (Malloy, S. 1964) für die USA
 StA/WdB: Art. 3
 Prokl.: 2. 4. 1892
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 27, S. 926
 TS 60
 Engl. Text: Malloy, S. 328
 State Papers, Bd. 83, S. 371
 Engl. und franz. Text: Martens, N.R.G.², Bd. 18, S. 577
22. 11. 1894 **Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Japan**
 (17. 7. 1899)
 Außer Kraft mit Ablauf der zwölfjährigen Laufzeit am 17. 7. 1911
 StA/WdB: Art. 1 Abs. 5
 Prokl.: 21. 3. 1895
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 29, S. 848
 TS 192
 Engl. Text: Malloy, S. 1028
 State Papers, Bd. 86, S. 524, 532
 Martens, N.R.G.², Bd. 34, S. 450
 Fall: The Japanese Immigration Case

10. 12. 1898 **Friedensvertrag mit Spanien**
 (11. 4. 1899) StAB: Art. 9 und 11
 Prokl.: 11. 4. 1899
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 30, S. 1754
 TS 343
 Engl. Text: State Papers, Bd. 90, S. 382
 Martens, N.R.G.², Bd. 32, S. 74
 Malloy, S. 1690
 Flournoy, S. 617 (Art. 9)
 Fälle der sog. Insular Cases bei Dyne, S. 296—309; Fälle für
 Puerto Rico und Philippinen a. a. O., S. 309—316.
 Ferner s. Hackworth, S. 372 u. For. Rel. 1900, S. 894
29. 3. 1900 **Übereinkommen (Protokoll) mit Spanien betr. Verlängerung der
 Optionsfrist in Art. 9 des Friedensvertrages, mit Wirkung für die
 Philippinen**
 Prokl.: 28. 4. 1900
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 31, S. 1881
 TS 344
 Engl. Text: State Papers, Bd. 92, S. 1128
 Martens, N.R.G.², Bd. 32, S. 293
 Malloy, S. 1695
 Hyatt, S. 1244
22. 3. 1902 **Einbürgerungsvertrag mit Haiti**
 (19. 3. 1904) Prokl.: 24. 3. 1904
 Amtl. Text: Statutes Bd. 33, S. 2101
 TS 432
 Engl. Text: Malloy, S. 939
 Flournoy, S. 681
 Hyatt, S. 1231
 Dyne, S. 461
 Engl. u. franz. Text: State Papers, Bd. 95, S. 754
 Martens, N.R.G.², Bd. 31, S. 291
 Franz. Text: Sieber, Bd. 2, S. 362
 Bourbousson, Traité gén. de la nationalité, 1931, S. 433
 Chancy, Code des lois usuelles, 3. Aufl., Port-au-Prince, 1954, S. 115
3. 7. 1902 **Vertrag über Freundschaft und allgemeine Beziehungen
 mit Spanien**
 (14. 4. 1903) StA/WdB: Art. 5 Abs. 1
 Prokl.: 20. 4. 1903
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 33, S. 2105
 TS 422
 Engl. Text: Malloy, S. 1701
 State Papers, Bd. 95, S. 807
 Martens N.R.G.², Bd. 31, S. 369
28. 2. 1903 **Vertrag mit Haiti zur Verlängerung der Ratifikationsfrist
 für den Vertrag von 1902**
 (19. 3. 1904) Prokl.: 24. 3. 1904
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 33, S. 2157
 TS 433
 Engl. Text: Malloy, S. 941
 Dyne, S. 463
 Engl. u. franz. Text: State Papers, Bd. 96, S. 645
 Martens, N.R.G.², Bd. 31, S. 523
15. 10. 1907 **Einbürgerungsvertrag mit Peru**
 (23. 7. 1909) Gebilligt durch Res. Leg. Nr. 1074 vom 11. 3. 1909 (Peru)
 und vom US-Präsidenten am 9. 3. 1908
 Prokl.: 2. 9. 1909

- Amtl. Text: Statutes, Bd. 36, S. 2181
 TS 532
 Engl. Text: State Papers, Bd. 101, S. 544
 AJIL 1910 Suppl., S. 134
 Malloy, S. 1449
 Flournoy, S. 683
 Hyatt, S. 1239
 Engl. u. span. Text: Martens, N.R.G.³, Bd. 3, S. 233
 Span. Text: Nieves Ayala, Los extranjeros, Lima 1950, S. 91
14. 3. 1908 **Einbürgerungsvertrag mit Salvador**
 (20. 7. 1908) Prokl.: 23. 7. 1908
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 35, S. 2038
 TS 503
 Engl. Text: State Papers, Bd. 102, S. 795
 AJIL 1908 Suppl., S. 342
 Malloy, S. 1570
 Hyatt, S. 1242
 Engl. u. span. Text: Martens, N.R.G.³, Bd. 3, S. 236
27. 4. 1908 **Einbürgerungsvertrag mit Brasilien**
 (28. 2. 1910) Brasilien kündigte mit Note v. 13. 12. 1950, wirksam ab 14. 12. 1951
 (State Papers, Bd. 158, S. 730)
 Brasil. Dekret Nr. 2116 vom 8. 10. 1909
 Prokl.: 2. 4. 1910
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 36, S. 2444
 TS 547
 Engl. Text: State Papers, Bd. 101, S. 920
 AJIL 1910, Suppl., S. 262
 Hyatt, S. 1219
 Malloy, S. 2502
 Engl. u. portugies. Text: Martens, N.R.G.³, Bd. 4, S. 250
7. 5. 1908 **Einbürgerungsvertrag mit Portugal**
 (14. 11. 1908) Prokl.: 14. 12. 1908
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 35, S. 2082
 TS 513
 Engl. Text: AJIL 1909, Suppl., S. 159
 Malloy, S. 1468
 State Papers, Bd. 101, S. 1042
 Hyatt, S. 1240
 Engl. u. portugies. Text: Martens, N.R.G.³, Bd. 3, S. 239
 Franz. Übers.: Zeballos, Bd. 4, S. 417
 Fälle: Hackworth, S. 365, 390—392
23. 6. 1908 **Einbürgerungsvertrag mit Honduras**
 (16. 4. 1909) Prokl.: 8. 6. 1909
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 36, S. 2160
 TS 525
 Engl. Text: State Papers, Bd. 101, S. 1061
 Malloy, S. 958
 Hyatt, S. 1232
 Engl. u. span. Text: Martens, N.R.G.³, Bd. 3, S. 242
 Franz. Übers.: Zeballos, Bd. 4, S. 427
10. 8. 1908 **Einbürgerungsvertrag mit Uruguay**
 (14. 5. 1909) Gebilligt von Uruguay durch Gesetz Nr. 3435 v. 23. 3. 1909
 Prokl.: 19. 6. 1909
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 36, S. 2165
 TS 527

- Engl. Text: State Papers, Bd. 102, S. 895
 AJIL 1909, Suppl., S. 284
 Malloy, S. 1829
 Engl. u. span. Text: Martens, N.R.G.³, Bd. 3, S. 245
 Span. Text: Tratados y Convenios Internacionales, Bd. 1, 1960, S. 116
7. 12. 1908
 (28. 3. 1912) **Einbürgerungsvertrag mit Nicaragua**
 Prokl.: 10. 5. 1912
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 37, S. 1560
 TS 566
 Engl. Text: State Papers, Bd. 102, S. 722
 AJIL 1912, Suppl., S. 209
 Malloy, S. 2738
 Hyatt, S. 1237
 Engl. u. span. Text: Martens, N.R.G.³, Bd. 6, S. 464
21. 2. 1911
 (17. 7. 1911) **Handels- und Freundschaftsvertrag mit Japan**
 Außer Kraft durch Kriegsausbruch 1941
 StA/WdB: Art. 1 Abs. 4
 Prokl.: 5. 4. 1911
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 37, S. 1504
 TS 558
 Engl. Text: Malloy, S. 2712
 State Papers, Bd. 105, S. 728
 Martens N.R.G.³, Bd. 6, S. 729
10. 6. 1911
 (9. 5. 1912) **Einbürgerungsvertrag mit Costarica**
 Prokl.: 6. 6. 1912
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 37, S. 1603
 TS 570
 Engl. Text: State Papers, Bd. 105, S. 878
 Hyatt, S. 1222
 AJIL 1912, Suppl., S. 242
 Malloy, S. 2544
 Engl. u. span. Text: Martens, N.R.G.³, Bd. 6, S. 468
 Anwendung: Hackworth, S. 372—373
17. 6. 1911
 (28. 3. 1912) **Vertrag mit Nicaragua zur Verlängerung der Ratifikationsfrist für den Vertrag von 1908**
 Prokl.: 10. 5. 1912
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 37, S. 1563
 TS 567
 Engl. Text: Malloy, S. 2739
 State Papers, Bd. 105, S. 761
 AJIL 1912, Suppl., S. 211
 Engl. u. span. Text: Martens, N.R.G.³, Bd. 6, S. 467
4. 8. 1916
 (17. 1. 1917) **Vertrag mit Dänemark über Abtretung der westindischen Inseln**
 StAB: Art. 6
 Prokl.: 25. 1. 1917
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 39, S. 1706
 TS 629
 Engl. Text: State Papers, Bd. 110, S. 843
 Virgin Islands Code, Washington 1957, Bd. 1, S. XLV
 Flournoy, S. 625 (Art. 6)
 Malloy, S. 2558
 Engl. u. dän. Text: Martens, N.R.G.³, Bd. 10, S. 357
3. 6. 1918
 (30. 7. 1918) **Verträge mit Großbritannien betr. Militärdienst von Engländern bzw. Canadiern**
 Prokl.: 30. 7. 1918
 Gebilligt durch britische Order in Council v. 4. 9. 1918
 (State Papers, Bd. 111, S. 192) aufgrund des „The Military Service

- (Conventions with Allied States) Act, 1917“
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 40, S. 1620 und 1624
 TS 633 und 634
 Parl. Pap. Misc. Nr. 14 (1918)
 Engl. Text: State Papers, Bd. 111, S. 568 (UK), 572 (Canada)
 Malloy, S. 2650 bzw. 2654
 Martens, N.R.G.³, Bd. 10, S. 395, 400
 Material: Hackworth, S. 360
24. 8. 1918 **Vertrag mit Italien betr. Militärdienst**
 (12. 11. 1918) StAB: Art. 5
 Prokl.: 18. 11. 1918
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 40, S. 1633
 TS 637
 Engl. Text: State Papers, Bd. 111, S. 763
 Foreign Relations 1918, Suppl. 2, S. 726
 Malloy, S. 2708
 Engl. u. ital. Text: Martens, N.R.G.³, Bd. 10, S. 402
 Trattati e Conv., Bd. 23, S. 519
- 17./30. 8. 1918 **Vertrag mit Griechenland betr. Militärdienst**
 (12. 11. 1918) Prokl.: 18. 11. 1918
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 40, S. 1637
 TS 638
 Engl. Text: State Papers, Bd. 111, S. 747
 Malloy, S. 2663
 Martens, N.R.G.³, Bd. 10, S. 406
 Material: Hackworth, S. 360—361
3. 9. 1918 **Vertrag mit Frankreich betr. Militärdienst**
 (8. 11. 1918) Prokl.: 11. 11. 1918
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 40, S. 1629
 TS 636
 Engl. Text: State Papers, Bd. 111, S. 740
 Malloy, S. 2592
 Engl. u. franz. Text: Martens, N.R.G.³, Bd. 10, S. 409
16. 12. 1920 **Vertrag mit Thailand über die Revision früherer Verträge**
 (1. 9. 1921) (Freundschaftsvertrag usw.)
 Außer Kraft am 1. 10. 1938
 StA/WdB: Art. 1 Abs. 4
 Prokl.: 12. 10. 1921
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 42, S. 1928
 TS 655
 LNTS Bd. 6, S. 291
 Engl. Text: Malloy, S. 2829
 State Papers, Bd. 113, S. 1168
 Martens, N.R.G.³, Bd. 15, S. 828
25. 8. 1921 **Friedensvertrag mit Deutschland**
 (11. 11. 1921) StAB: Art. 2, Z. 1 des Vertrages erklärt u. a. Kap. X des Ver-
 sailler Vertrages für anwendbar, womit auch die StAB des Art. 278
 Versailler Vertrag gilt
 Prokl.: 14. 11. 1921
 Gebilligt durch dt. Gesetz v. 20. 10. 1921
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 42, S. 1939
 TS 658
 RGL. 1921, S. 1317
 LNTS, Bd. 12, S. 191
 Engl. Text: Malloy, S. 2596
 Engl. u. deutscher Text: Martens, N.R.G.³, Bd. 11, S. 917

23. 11. 1923
(5. 4. 1924) **Einbürgerungsvertrag mit Bulgarien**
Außer Kraft mit Kriegserklärung: 13. 12. 1941 (Bulgarien),
18. 7. 1942 (USA)
Wieder in Kraft: 8. 3. 1948 (Statutes, Bd. 61, S. 1915; TIAS 1650;
UNTS, Bd. 29, S. 101) durch U.S-Note vom gleichen Tage, ge-
mäß Art. 8 des Friedensvertrages v. 10. 2. 1947 (UNTS, Bd. 41, S. 21).
In Wtb. des Völkerrechts, Bd. 1, 1960, S. 153, fälschlich als außer
Kraft angeführt. In Treaties in Force 1965, S. 20, richtig als gel-
tend angeführt
Prokl.: 6. 5. 1924
Amtl. Text: Statutes, Bd. 43, S. 1759
TS 684
LNTS, Bd. 25, S. 238
Engl. Text: State Papers, Bd. 118, S. 1067
Malloy, S. 3972
Hyatt, S. 1221
Martens, N.R.G.³, Bd. 13, S. 245
Anwendung: Hackworth, S. 403—407
8. 12. 1923
(14. 10. 1925) **Handels-, Schifffahrts- und Konsular-Vertrag mit Deutschland**
Der durch den II. Weltkrieg außer Kraft getretene Vertrag wurde
durch Übereinkommen v. 3. 6. 1953 (UNTS, Bd. 253, S. 89;
State Papers, Bd. 160, S. 686) ab 22. 10. 1954 wieder wirksam
(BGBl 1954 II, S. 721 u. 1051), jedoch war Art. 6 durch Kündigung
der USA schon am 2. 6. 1954 außer Kraft getreten, nämlich durch
Notenwechsel vom 2. 6. 1953 (TIAS 2972; UST, Bd. 5, S. 827;
State Papers, Bd. 160, S. 684)
StAB: Art. 6 (Wehrdienst)
Prokl.: 14. 10. 1925
Amtl. Text: Statutes, Bd. 44, S. 2132
TS 725
RGL. 1925 II, S. 795
LNTS, Bd. 52, S. 133
Engl. Text: State Papers, Bd. 122, S. 807
Malloy, S. 4191
Engl. u. deutscher Text: Martens, N.R.G.³, Bd. 17, S. 353
24. 6. 1925
(4. 9. 1926) **Handels-, Schifffahrts- und Konsular-Vertrag mit Ungarn**
Zunächst außer Kraft durch Kriegserklärungen Ungarns v. 13.12.
1941 u. der USA v. 18. 7. 1942, gemäß Art. 10 des Friedensver-
trages vom 10. 2. 1947 (UNTS, Bd. 41, S. 135) durch Note der
USA vom 9. 3. 1948 (UNTS, Bd. 183, S. 3) wieder in Kraft gesetzt,
aber durch Kündigung der USA vom 5. 7. 1951 (UNTS, Bd. 141,
S. 412) außer Kraft am 5. 7. 1952
StAB: Art. 6 (Wehrdienst)
Prokl.: 4. 10. 1926
Amtl. Text: Statutes, Bd. 44, S. 2441
TS 748
LNTS, Bd. 58, S. 111
Engl. Text: State Papers, Bd. 124, S. 899
Malloy, S. 4318
Martens, N.R.G.³, Bd. 18, S. 136
23. 12. 1925
(22. 5. 1926) **Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag mit Estland**
StAB: Art. 6 (Wehrdienst)
Prokl.: 25. 5. 1926
Amtl. Text: Statutes, Bd. 44, S. 2379
TS 736
LNTS, Bd. 50, S. 13
Engl. Text: State Papers, Bd. 122, S. 478
Malloy, S. 4105
Martens, N.R.G.³, Bd. 18, S. 275

22. 2. 1926
(5. 9. 1930) **Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag mit Salvador**
Außer Kraft durch Kündigung seitens USA v. 7. 2. 1957, wirksam 8. 2. 1958 (Whiteman, Bd. 8, S. 564)
StAB: Art. 6 (Wehrdienst)
Prokl.: 8. 9. 1930
Amtl. Text: Statutes, Bd. 46, S. 2817
TS 827
LNTS, Bd. 134, S. 207
Engl. Text: State Papers, Bd. 133, S. 833
Malloy, S. 4615
Engl. u. span. Text: Martens, N.R.G.³, Bd. 26, S. 533
7. 12. 1927
(19. 7. 1928) **Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag mit Honduras**
StAB: Art. 6 (Wehrdienst)
Prokl.: 23. 7. 1928
Amtl. Text: Statutes, Bd. 46, S. 2618
TS 764
LNTS, Bd. 87, S. 421
Engl. Text: State Papers, Bd. 127, S. 723
Malloy, S. 4306
Engl. u. span. Text: Martens, N.R.G.³, Bd. 21, S. 647
Über Wehrdienst v. Doppelstaaten: Hackworth, S. 361—364
20. 4. 1928
(25. 7. 1928) **Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag mit Lettland**
StAB: Art. 6 (Wehrdienst)
Prokl.: 25. 7. 1928
Amtl. Text: Statutes, Bd. 45, S. 2641
TS 765
LNTS, Bd. 80, S. 35
Engl. Text: State Papers, Bd. 129, S. 827
Malloy, S. 4400
Martens, N.R.G.³, Bd. 31, S. 198
5. 6. 1928
(13. 9. 1932) **Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag mit Norwegen**
StAB: Art. 6 (Wehrdienst)
Prokl.: 15. 9. 1932
Amtl. Text: Statutes, Bd. 47, S. 2135
TS 852
LNTS, Bd. 134, S. 81
Engl. Text: State Papers, Bd. 131, S. 588
Malloy, S. 4527
Engl. u. norweg. Text: Martens, N.R.G.³, Bd. 31, S. 293
19. 6. 1928
(27. 5. 1931) **Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag mit Österreich**
Gilt noch heute
StAB: Art. 6 (Wehrdienst)
Prokl.: 28. 5. 1931
Amtl. Text: Statutes, Bd. 47, S. 1876
TS 838
LNTS, Bd. 118, S. 241
Dt. Text: öBGBI. 1931, S. 873 (und engl.)
Engl. Text: Malloy, S. 3930
Engl. u. deutscher Text: Martens, N.R.G.³, Bd. 25, S. 108
16. 7. 1928
(14. 11. 1929) **Einbürgerungsvertrag mit der CSR**
Gilt noch heute unverändert
Prokl.: 14. 11. 1929
Amtl. Text: Statutes, Bd. 46, S. 2424
TS 804
LNTS, Bd. 99, S. 301
Engl. Text: State Papers, Bd. 129, S. 459
Malloy, S. 4063

- Hyatt, S. 1223
Martens, N.R.G.³, Bd. 21, S. 765
1. 11. 1930
(11. 2. 1931) **Abkommen mit Norwegen über Militärdienst von Doppelstaatern**
Prokl.: 12. 2. 1931
Amtl. Text: Statutes, Bd. 46, S. 2904
TS 832
LNTS, Bd. 112, S. 399
Engl. Text: State Papers, Bd. 133, S. 783
Malloy, S. 4542
Hyatt, S. 1238
Engl. u. norweg. Text: Martens, N.R.G.³, Bd. 24, S. 448
Fälle: Hackworth, S. 408—410; AJIL 1931, S. 119 f.
5. 4. 1932
(22. 7. 1935) **Einbürgerungsvertrag mit Albanien**
Durch Entschließung Nr. 3 des Antifaschistischen Rates der Nationalen Befreiungsfront, die noch vor der Machtübernahme im November 1944 erging, wurden alle Vorkriegsverträge einschließlich derer über StA für ungültig erklärt (Gazeta Zyrtare Nr. 1 v. 1944). Die Akte des Rates wurden im Jan. 1946 von der Konstituante in toto bestätigt (G.Z. Nr. 12 v. 1946): So Angaben ohne Kommentar in Osteuropa-Recht 1967, S. 245/6. Der Vertrag wird von den USA als weiterhin geltend betrachtet und in Treaties in Force stets aufgeführt.
Prokl.: 29. 7. 1935
Amtl. Text: Statutes, Bd. 49, S. 3241
TS 892
LNTS, Bd. 162, S. 31
Engl. Text: State Papers, Bd. 135, S. 803
Malloy, S. 3922
Hyatt, S. 1217
Martens, N.R.G.³, Bd. 31, S. 398
Anwendung: Hackworth, S. 403—407
31. 1. 1933
(20. 2. 1935) **Abkommen mit Schweden über Militärdienst von Doppelstaatern**
Prokl.: 20. 5. 1935
Amtl. Text: Statutes, Bd. 49, S. 3195
TS 890
LNTS, Bd. 159, S. 261
Engl. Text: State Papers, Bd. 136, S. 831
Malloy, S. 4656
Hyatt, S. 1245
Engl. u. schwed. Text: Martens, N.R.G.³, Bd. 31, S. 401
Material bei Hackworth, S. 358, 410 f.
18. 10. 1937
(20. 7. 1938) **Abkommen mit Litauen über Militärdienst der Doppelstaater**
Gebilligt durch lit. Präs. am 30. 12. 1937
Prokl.: 15. 8. 1938
Amtl. Text: Statutes, Bd. 53, S. 1569
TS 936
V.Z. 1938, Nr. 623, Pos. 4441
LNTS, Bd. 191, S. 351
Dt. Text: Abl. Memel 1938, S. 1079
Engl. Text: Hyatt, S. 1234
Martens, N.R.G.³, Bd. 36, S. 73
Material bei Hackworth, S. 411—412
11. 11. 1937
(7. 12. 1938) **Abkommen mit der Schweiz über Militärdienst der Doppelstaater**
Ein Entwurf eines umfassenden StA-Vertrages, den die USA 1931 vorlegten, wurde von der Schweiz nicht gebilligt (Hackworth, S. 412)
Prokl.: 13. 12. 1938

- Amtl. Text: Statutes, Bd. 53, S. 1791
 TS 943
 LNTS, Bd. 193, S. 181
 Dt. Text: Ber. Slg. Bd. 11, Bern 1953, S. 588
 Engl. Text: State Papers, Bd. 141, S. 1259
 Hyatt, S. 1248
 Engl. u. franz. Text: Martens, N.R.G.³, Bd. 37, S. 39
 Material bei Hackworth, S. 366, 412 f.
13. 11. 1937
 (1. 10. 1938) **Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Thailand (Siam)**
 StA/WdB: Art. 1 Abs. 4
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 53, S. 1731
 TS 940
 LNTS, Bd. 192, S. 248
 Engl. Text: State Papers, Bd. 141, S. 1214
8. 8. 1938
 (21. 11. 1939) **Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag mit Liberia**
 StAB: Art. 6 (Wehrdienst, mit 2. Absatz)
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 54, S. 1739
 TS 956
 LNTS, Bd. 201, S. 163
 Engl. Text: State Papers, Bd. 142, S. 705
27. 1. 1939
 (3. 10. 1939) **Abkommen mit Finnland betr. Militärdienst der Doppelstaater**
 Da im Zweiten Weltkrieg kein Kriegszustand zwischen Finnland und den USA bestand, gilt der Vertrag unverändert weiter
 Prokl.: 7. 10. 1939
 Amtl. Text: Statutes, Bd. 54, S. 1712
 TS 953
 LNTS, Bd. 201, S. 197
 Engl. Text: State Papers, Bd. 143, S. 473
 Hyatt, S. 1227
 Martens, N.R.G.³, Bd. 37, S. 701
 Anwendung: Hackworth, S. 413
18. 3. 1942
 (20. 3. 1942) **Notenwechsel betr. Übertritt v. US-Bürgern und ehemaligen US-Bürgern aus kanadischen in amerikanische Streitkräfte und umgekehrt**
 v. 18. u. 21. 3. 1942
 Amtl. Text: UNTS, Bd. 105, S. 169
 Engl. Text: AJIL 1942, Doc. S. 156
30. 3. 1942
 (6. 4. 1942) **Notenwechsel mit Canada betr. Anwendung des US-Wehrgesetzes auf Canadier und umgekehrt**
 v. 30. 3., 6. 4., 8. 4. 1942
 Amtl. Text: EAS 249
 Statutes, Bd. 56, S. 1477
 UNTS, Bd. 105, S. 179
 Engl. Text: AJIL 1942, Doc. S. 158
30. 3. 1942
 (30. 4. 1942) **Notenwechsel betr. Wehrdienst mit Großbritannien**
 v. 30. 3., 29. 4., 9. 6., 30. 9. 1942
 Amtl. Text: EAS 307
 Statutes, Bd. 56, S. 1906
 UNTS, Bd. 13, S. 169
 Engl. Text: State Papers, Bd. 144, S. 1054
30. 3. 1942
 (27. 5. 1942) **Notenwechsel betr. Wehrdienst mit Indien**
 v. 30. 3., 25. 5., 3. 7., 3. 9. 1942
 Amtl. Text: EAS 308
 Statutes, Bd. 56, S. 1912
 UNTS, Bd. 13, S. 185

30. 3. 1942
(27. 1. 1943) **Notenwechsel betr. Wehrdienst mit Polen**
v. 30. 3., 14. 12. 1942, 26. 1., 25. 2. 1943
Amtl. Text: EAS 320
Statutes, Bd. 57, S. 954
UNTS, Bd. 13, S. 395
31. 3. 1942
(18. 5. 1942) **Notenwechsel betr. Wehrdienst mit Jugoslawien**
v. 31. 3., 14. 5., 25. 6., 30. 9. 1942
Amtl. Text: EAS 309
Statutes, Bd. 56, S. 1917
UNTS Bd. 13, S. 199
31. 3. 1942
(11. 6. 1942) **Notenwechsel betr. Wehrdienst mit Südafrika**
v. 31. 3., 9. 6., 12. 8., 7. 10., 31. 10. 1942
Amtl. Text: EAS 310
Statutes, Bd. 56, S. 1921
UNTS, Bd. 105, S. 269
31. 3. 1942
(2. 7. 1942) **Notenwechsel betr. Wehrdienst mit Neuseeland**
v. 31. 1., 1. 7., 15. 8., 30. 9. 1942
Amtl. Text: EAS 305
Statutes, Bd. 56, S. 1896
UNTS, Bd. 13, S. 139
31. 3. 1942
(8. 7. 1942) **Notenwechsel betr. Wehrdienst mit den Niederlanden**
v. 31. 3., 2. 7., 24. 9., 30. 9. 1942
Amtl. Text: EAS 306
Statutes, Bd. 56, S. 1900
UNTS, Bd. 13, S. 151
31. 3. 1942
(18. 7. 1942) **Notenwechsel betr. Wehrdienst mit Australien**
v. 31. 3., 17. 7., 16. 9., 30. 9. 1942
Amtl. Text: EAS 303
Statutes, Bd. 56, S. 1884
UNTS, Bd. 13, S. 125
31. 3. 1942
(4. 8. 1942) **Notenwechsel betr. Wehrdienst mit Belgien**
v. 31. 3., 31. 7., 10. 10., 16. 10. 1942
Amtl. Text: EAS 304
Statutes, Bd. 56, S. 1889
UNTS, Bd. 13, S. 211
31. 3. 1942
(24. 12. 1942) **Notenwechsel betr. Wehrdienst mit Norwegen**
v. 31. 3., 6. 10., 23. 12. 1942, 16. 1. 1943
Amtl. Text: EAS 319
Statutes, Bd. 57, S. 949
UNTS, Bd. 13, S. 335
31. 3. 1942
(2. 3. 1943) **Notenwechsel betr. Wehrdienst mit Griechenland**
v. 31. 3. 1942, 8. 2., 2. 3., 16. 3. 1943
Amtl. Text: EAS 322
Statutes, Bd. 57, S. 968
UNTS, Bd. 105, S. 227
3. 4. 1942
(29. 9. 1943) **Notenwechsel betr. Wehrdienst mit der Tschechoslowakei**
v. 3. 4. 1942, 29. 9., 21. 10. 1943
Amtl. Text: EAS 341
Statutes, Bd. 57, S. 1070
UNTS, Bd. 29, S. 369
6. 11. 1942
(11. 1. 1943) **Notenwechsel betr. Wehrdienst mit Cuba**
v. 6. 11. 1942, 9. 1., 1. 2. 1943
Amtl. Text: EAS 321

- Statutes, Bd. 57, S. 960
UNTS, Bd. 13, S. 379
22. 1. 1943 **Notenwechsel betr. Wehrdienst mit Mexico**
(22. 1. 1943) Beide Noten v. 22. 1. 1943
Amtl. Text: EAS 323
Statutes, Bd. 57, S. 973
UNTS, Bd. 105, S. 259
Engl. Text: State Papers, Bd. 145, S. 309
23. 1. 1943 **Notenwechsel betr. Wehrdienst mit Brasilien**
(30. 4. 1943) v. 23. 1., 28. 4., 24. 5. 1943
Amtl. Text: EAS 327
Statutes, Bd. 57, S. 994
UNTS, Bd. 28, S. 385
3. 4. 1943 **Notenwechsel betr. Wehrdienst mit Salvador**
(15. 5. 1943) v. 3. 4., 14. 5., 31. 5. 1943
Amtl. Text: EAS 325
Statutes, Bd. 57, S. 982
UNTS, Bd. 105, S. 205
6. 11. 1943 **Notenwechsel betr. Wehrdienst mit China**
(13. 6. 1944) v. 6. 11. 1943, 11. 5., 13. 6. 1944
Amtl. Text: EAS 426
Statutes, Bd. 58, S. 1442
UNTS, Bd. 107, S. 43
27. 1. 1944 **Notenwechsel betr. Wehrdienst mit Columbien**
(27. 1. 1944) v. 27. 1., 12. 2. 1944
Amtl. Text: EAS 407
Statutes, Bd. 58, S. 1296
UNTS, Bd. 109, S. 287
2. 4. 1945 **Notenwechsel betr. Wehrdienst mit Ecuador**
(5. 4. 1945) v. 2. 4. und 5. 4. 1945
Amtl. Text: EAS 475
Statutes, Bd. 59, S. 1598
UNTS, Bd. 121, S. 265
10. 5. 1945 **Notenwechsel betr. Wehrdienst mit Venezuela**
(11. 5. 1945) v. 10. und 11. 5. 1945
Amtl. Text: EAS 476
Statutes, Bd. 59, S. 1602
UNTS, Bd. 121, S. 273
23. 5. 1945 **Notenwechsel betr. Wehrdienst mit Peru**
(12. 6. 1945) v. 23. 5., 12. 6. 1945
Amtl. Text: EAS 477
Statutes, Bd. 59, S. 1606
UNTS, Bd. 121, S. 283
7. 6. 1945 **Notenwechsel betr. Wehrdienst mit Chile**
(11. 6. 1945) v. 7. und 11. 6. 1945
Amtl. Text: EAS 478
Statutes, Bd. 59, S. 1610
UNTS, Bd. 121, S. 291
4. 11. 1946 **Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag mit China**
(30. 11. 1948) Gilt heute für Taiwan (Republik China)
StAB: Art. 14 (Militärdienst, mit 2. und 3. Absatz)
Amtl. Text: Statutes, Bd. 63, S. 1299
TIAS 1871

- UNTS, Bd. 25, S. 69
Engl. Text: State Papers, Bd. 146, S. 686
16. 2. /
8. 3. 1947 **Notenwechsel mit Polen über Errichtung einer Mixed Nationality Commission**
Aufgehoben durch Notenwechsel v. 21. 5./14. 6. 1948
(Dep.St.Bull. Nr. 467 v. 13. 6. 1948, S. 781).
Whiteman, S. 73, druckt nur den Notenwechsel von 1948 ab.
Text: nicht veröffentlicht
2. 4. 1947
(18. 7. 1947) **Treuhandabkommen mit der UNO über die ehemals japanischen Südsee-Inseln**
StAB: Art. 11 (Pflicht zur StA-Regelung, ausgeführt durch Code v. 22. 12. 1952, Sec. 660—662)
Gebilligt von USA durch Joint Resolution v. 18. 7. 1947, c. 271
Amtl. Text: Statutes, Bd. 61 III, S. 3301
TIAS 1665
UNTS, Bd. 8, S. 189
Engl. Text: State Papers, Bd. 148, S. 513
Naval War College 1946/47, S. 146
Doc. int. aff. 1947/8, S. 843
Franz. Text: Notes et Etudes, Nr. 545
2. 2. 1948
(26. 7. 1949) **Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Italien**
StAB: Art. 13 (Wehrdienst)
Gebilligt durch italienisches Gesetz Nr. 383 v. 8. 6. 1949
Prokl.: 5. 8. 1949
Amtl. Text: Statutes, Bd. 63, S. 2255
TIAS 1965
G. U. v. 12. 7. 1949, Nr. 157 (Suppl.)
UNTS, Bd. 79, S. 171
Engl. Text: State Papers, Bd. 152, S. 569
Bettoni, L'italiano nel mondo, Bd. 2, 1955, S. 896
Ital. Text: Annali di dir. int. 1949, S. 515
Material: Hackworth, S. 361, 373—77; SGS, Bd. 27
S. 465—467; Barone, in: Fordham, L. R. 1954, S. 243—295
25. 2. 1948
(25. 2. 1948) **Notenwechsel mit Frankreich betr. Militärdienst der Doppelstaater**
Amtl. Text: Statutes, Bd. 62, S. 1950
TIAS 1756
UNTS, Bd. 67, S. 33
J. O. v. 23. 4. 1948, S. 3957 (Dekret v. 16. 4. 1948)
Material: Hackworth, S. 358—360
22. 12. 1948
(22. 12. 1948) **Zweites Übereinkommen mit Frankreich betr. Militärdienst der Doppelstaater**
Amtl. Text: Statutes, Bd. 62, S. 3621
TIAS 1876
UNTS, Bd. 67, S. 38
J. O. v. 4. 3. 1949, S. 2340 (Dekret Nr. 290 v. 2. 3. 49)
Franz. Text: Rev. int. fr. dr. gens 1948, S. 127
Dalloz, B. L. 1949, S. 355
21. 1. 1950
(14. 9. 1950) **Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Irland**
(nebst Protokoll vom selben Tage)
StAB: Art. 3 Abs. 2 (Wehrdienst)
Prokl.: 15. 12. 1950
Amtl. Text: UST, Bd. 1, S. 785, 803
TIAS 2155
TS (Irland) 1950, Nr. 7
UNTS, Bd. 206, S. 269
Engl. Text: State Papers, Bd. 157, S. 499

- 23./25. 3. 1950 **Notenwechsel mit Jugoslawien betr. Visa für amerikanische Staats-**
 (1. 4. 1950) **angehörige jugoslawischer Abstammung, die auch von Jugoslawien**
als Staatsangehörige beansprucht werden
 Amtl. Text: TIAS 2087
 UST, Bd. 1, S. 471
 UNTS, Bd. 98, S. 195
11. 8. 1951 **Notenwechsel über landwirtschaftliche Wanderarbeiter mit Mexiko**
 (11. 8. 1951) **Beide Noten v. 11. 8. 1951. Ersetzt frühere Vereinbarungen v.**
1. 8. 1949 u. 9. 3. 1951 (UST, Bd. 2, S. 1917; TIAS 2328)
 StA/WdB: Art. 34
 Amtl. Text: UST, Bd. 2, S. 1940
 TIAS 2331
18. 11./ **Notenwechsel mit Frankreich zur Ergänzung des Vertrages**
 31. 12. 1952 **v. 22. 12. 1948**
 (31. 12. 1952/ **Amtl. Text: UST, Bd. 3, S. 5345**
 22. 12. 1950) **TIAS 2741**
UNTS, Bd. 185, S. 396

ABKÜRZUNGEN

AJIL	American Journal of International Law
Cahn, W.	Reichs- u. StAG v. 22. 7. 1913, 4 Auflagen, Berlin
Dyne, F. von	A treatise on the law of naturalization of the U. S. Washington 1907
EAS	Executive Agreements Series
For.Rel.	Foreign Relations (United States)
Flournoy (-Hudson)	A Collection of nationality laws, New York 1929
Hackworth, G. H.	Digest of international law, Bd. 3, Washington 1942
Hyatt, C. B. u. a.	Laws applicable to immigration and nationality Washington 1954
LNTS	League of Nations Treaty Series
Malloy, W. M. u. a.	Treaties, Conventions, International Acts . . . Washington 1910—1938, 4 Bde.
Miller, H.	Treaties and other International Acts of the United States of America, Bde. 2—7, Washington 1931—1948
Rabl, K.	Das Recht auf die Heimat, Bd. 1, München 1958
SGS	Sammlung geltender Staatsangehörigkeitsgesetze
Sieber, J.	Das Staatsbürgerrecht, Bern 1907, 2 Bde.
StAB	Staatsangehörigkeitsbestimmung
TIAS	Treaties and other International Acts Series
UNTS	United Nations Treaty Series
TS	Treaty Series
UST	United States Treaties and Other International Agreements
WdB	Wehrdienstbestimmung
Whiteman, M.	Digest of International Law, Bd. 8, Washington 1967
Zeballos, E.-S.	La nationalité, Paris 1914—1919, 5 Bde.